



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 14/15
Dienstag, 11. Dezember 2012
16:04 - 21:35 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 12.03.2013

Vorsitz:	Dr. Raphaël Rohner	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmenzähler:	Dr. Cornelia Stamm Hurter Beat Steinacher	SVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Urs Furer	SP
Anfang der Sitzung:	Martin Roost Urs Tanner Christine Thommen	parteilos, OeBS SP FDP

TRAKTANDEN

1	VdSR vom 16. Oktober 2012: Tempo-30-Zone im Quartier Pantli	Seite	5
1	VdSR vom 18. September 2012: Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat Schaffhausen zum Voranschlag 2013	Seite	5

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

12.07.2011	VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken	SPK
06.03.2011	VdSR Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park	GPK
22.05.2012	VdSR Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei - ein Projekt im Rahmen von "Zukunft Stadtleben"	FK Bau
17.07.2012	VdSR Bericht des Stadtrats zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
07.08.2012	VdSR Masterplan Gestaltung Rheinufer, Teilprojekt 2: Gestaltung Freier Platz/Schifflande	FK Bau
21.08.2012	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Mehr Rhein für Schaffhausen	
11.09.2012	VdSR Strukturreform Stadtschulrat Modell "Vorsteher+"	FK Soziales
18.09.2012	Postulat Kurt Zubler (SP): Erstellung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie auf städtischen Liegenschaften	
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite	
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	
26.11.2012	VdSR Ergänzung der Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrats	GPK
27.11.2012	VdSR Künzle-Heim, Entflechtung der Eigentumsverhältnisse	FPK
06.12.2012	Motion Urs Tanner (SP): Ausbau Handynetz gesetzlich regeln im Kaskadenmodell	
09.12.2012	Postulat Edgar Zehnder (SVP): Parkierungskonzept und Wohnraumentwicklung Breite Stopp	

Kleine Anfragen 2012

- Urs Tanner (SP): NAGRA-Skandal vom 8. Oktober 2012
- Walter Hotz (parteilos): Kein Sparwille beim Stadtrat vom 22. November 2012
- Beat Brunner (EDU): Praxis der Stadt Schaffhausen bei Inanspruchnahme von gastronomischen Leistungen!

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR vom 16. Oktober 2012: Tempo-30-Zone im Quartier Pantli

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 16. Oktober 2012 und die Anträge im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrats vom 16. Oktober 2012 über die Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Pantli zu.
2. Die Kosten von CHF 6'500.-- werden dem Konto 6310.314.044, Verkehrsberuhigungen, belastet.

Traktandum 2 VdSR vom 18. September 2012: Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat Schaffhausen zum Voranschlag 2013

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2013 sowie die GPK-Anträge mit den am 11. Dezember 2012 beschlossenen Anpassungen mit 32:2 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2013 wird gemäss Art. 25 lit. d der Stadtverfassung genehmigt und nach Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98 Prozent festgesetzt und nach Art. 25 lit. c Ziff. 1 in Verbindung mit Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz wird mit 1,0 Prozent festgelegt.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2013 benötigten finanziellen Mittel zu beschaffen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 14/15 vom 11. Dezember 2012 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne. Ralph Kolb, Zentralverwalter, steht dem Parlament für zusätzliche Fragen im Zusammenhang mit der Debatte des Voranschlags 2013 zur Verfügung.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage von Beat Brunner (EDU) vom 3. Dezember 2012: Praxis der Stadt Schaffhausen bei Inanspruchnahme von gastronomischen Leistungen!
- Motion von Urs Tanner (SP) vom 6. Dezember 2012: Ausbau Handynetz gesetzlich regeln im Kaskadenmodell. Sie wird auf der nächsten Traktandenliste unter "Übrige pendente Geschäfte" aufgeführt.
- Nachträge/Ergänzungen der GPK vom 11. Dezember 2012 zum Voranschlag der Stadt Schaffhausen 2013 mit Beilagen.
- Finanzplan 2013-2016 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, verabschiedet vom Stadtrat am 20. November 2012. Gemäss Art. 44 lit. i der Stadtverfassung entscheidet der Stadtrat abschliessend darüber.
- Antwort des Stadtrates vom 11. Dezember 2012 auf die Kleine Anfrage von Thomas Hauser (FDP) vom 7. September 2012: Schliessung von Poststellen in der Stadt Schaffhausen.
- Antwort des Stadtrats vom 11. Dezember 2012 auf die Kleine Anfrage von Walter Hotz (parteilos) vom 10. September 2012: Zusammenlegung in der Verwaltung - keine Königsdisziplin des Stadtrats?
- VdSR vom 20. November 2012 zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik. Das Büro wird im Januar 2013 die Zuweisung besprechen und dem Grossen Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag machen.
- Newsletter der Schaffhauser Wirtschaftsförderung vom Dezember 2012
- Postulat von Edgar Zehnder (SVP) vom 9. Dezember 2012: Parkierungskonzept und Wohnraumentwicklung Breite Stopp.

Zuweisungen an Fach- oder Spezialkommissionen:

VdSR vom 20. November 2012: Erweiterung Schulanlage Breite. Das Ratsbüro schlägt die Zuweisung an die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft VdSR Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei:

Der Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 3. Dezember 2012 zur VdSR „Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei“ - ein Projekt im Rahmen von „Zukunft Stadtleben“ vom 22. Mai 2012 liegt vor. Das Geschäft wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgenommen und am 18. Dezember 2012 behandelt.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 12 vom 13. November 2012 ist vom Büro genehmigt. Begehren auf Änderung sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Es gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 GO als genehmigt.

Das Protokoll Nr. 13 vom 27. November 2012 ist aufgrund der erheblichen Arbeitsbelastung der Ratssekretärin noch nicht fertig.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 VdSR vom 16. Oktober 2012: Tempo-30-Zone im Quartier Pantli

Der Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 19. November 2012 betreffend die Vorlage des Stadtrats vom 16. Oktober 2012 Tempo-30-Zone im Quartier Pantli auf Behandlung im vereinfachten Verfahren nach Art. 34 GO ist dem Grossen Stadtrat fristgerecht zugestellt worden.

Wenn bis Sitzungsende kein Widerspruch eines Ratsmitgliedes oder eines Mitgliedes des Stadtrates eingelegt wird, gilt das Geschäft als antragsgemäss beschlossen.

Traktandum 1 VdSR vom 18. September 2012: Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat Schaffhausen zum Voranschlag 2013

Walter Hotz (FDP)**GPK-Bericht**

"An der stadträtlichen Medienpräsentation des Voranschlags 2013 vom 24. September 2012 konnte Finanzreferent Peter Neukomm mit geschwellter Brust ein überraschend positives Budget mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 500'000.-- vorlegen. Der Stadtrat freute sich riesig. Die Medien äussersten sich eher zurückhaltend. Zitat SN: "Schmerztablette vor dem Aufprall". Zitat az: "Es bleiben viele Fragezeichen". Knapp 3 Monate später war die grosse Freude verflogen. Wir müssen im korrigierten Antrag vom 11. Dezember 2012 zur Kenntnis nehmen, dass im Budget 2013 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'295'100.-- in der Laufenden Rechnung und mit einem Ausgabenüberschuss von CHF 5'495'000.-- in der Investitionsrechnung budgetiert ist.

Erlauben Sie mir einige kurze persönliche Bemerkungen, bevor ich auf das Budget 2013 eingehen werde:

Die Finanzpolitik des Stadtrates ist arg in Schieflage geraten. Wenn Sie die Prognose für die Rechnung 2012 vom 24. September 2012 studieren, rechnet der Stadtrat mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 4,7 Mio. Mit den eingebrochenen Einnahmen lässt sich der Haushalt nicht mehr finanzieren. Die Stadt muss sich so schnell wie möglich fit trimmen. Dies wird jedoch nur mit weiteren tiefgreifenden Sparmassnahmen möglich sein. Der Stadtrat steht nun ohne Wenn und Aber in der Pflicht. Er wird nicht darum herumkommen, sich aufzuraffen und zu handeln. Man wird sich an die Aussagen des Stadtrats, er beabsichtige nicht, die Steuern zu erhöhen, erinnern. Ohne weitere Kostensenkungen ist es unmöglich, den Stadthaushalt auf eine sichere Basis zu stellen. Nicht nur der Ertrag muss ins Visier genommen werden, sondern insbesondere der Aufwand. Der Stadtrat muss seine finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen, auch wenn das unbequem ist. Er muss sich in Enthaltensamkeitspolitik üben und nicht mehr ausgeben, als sich die Stadt im Optimum leisten kann. Die Devise muss lauten: „Kaufe nicht mehr, als du dir leisten kannst, auch wenn du es gerne möchtest“. Gerade die unbequemen finanzpolitischen Wahrheiten habe ich Ihnen, meine Dame und Herren Stadträte, und Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, als GPK-Präsident in den vergangenen

vier Jahren immer wieder vor Augen gehalten. An dieser Stelle erlaube ich mir, den Finanzreferenten auf mein letztes eindringliches Sparvotum vom 13. Dezember 2011 bei der Beratung des Budgets 2012 hinzuweisen. Sie antworteten damals auf meine mahnenden Worte: Zitat: "Seine negative Einschätzung (gemeint war ich) deckt sich nicht mit den Fakten, die ich anschliessend aufzeigen werde".

Zum Budget 2013:

Die GPK trat an ihrer Sitzung vom 24. September 2012 nach einer detaillierten Folienpräsentation des Finanzreferenten Peter Neukomm zum Budget 2013 mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf das Budget ein. Anschliessend teilten wir uns in zwei Gruppen auf, um alle Positionen im Budget 2013 zu prüfen und erstellten einen Fragenkatalog, welcher der Verwaltung bis am 8. November 2012 zur Beantwortung zugestellt werden musste. Am 19. November 2012 erhielten wir die Antworten auf unsere Fragen von der Verwaltung zurück. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten meinen Dank für ihre speditive Arbeit aussprechen. Am 23. November 2012 erfolgte die 1. Lesung der Fragenkataloge mit zusätzlichen Fragen an den Stadtrat. Die grosse Runde, die so genannte Elefantenrunde, fand am 3. Dezember 2012 statt. Aufgrund der verschiedenen Fragen, beziehungsweise Antworten des Stadtrates wurden seitens der GPK-Mitglieder und der Verwaltung diverse Änderungsanträge zum Budget 2012 gestellt und verabschiedet. Die überarbeitete Liste vom 11. Dezember 2012 mit dem Titel „Auf Antrag des Stadtrates und der GPK wurden diverse Nachträge zum Budget 2013 gutgeheissen“ haben Sie mit der Post am vergangenen Samstag erhalten, beziehungsweise auf Ihren Pulten liegen. Sie haben heute Abend wie immer die Möglichkeit, anlässlich der Detailberatung noch weitere Fragen zu stellen.

Zu den wichtigsten Zahlen:

Der Finanzreferent wird Sie noch etwas ausführlicher orientieren. Nach Berücksichtigung aller Anträge ergibt sich bei der Laufenden Rechnung neu ein Aufwandüberschuss von CHF 3'295'100.-- und bei der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von CHF 5'495'000.--. Die wichtigsten Änderungen (Ausreisser) gegenüber der vom Stadtrat vorliegenden Vorlage vom 18. September 2012 sind folgende:

Laufende Rechnung:

1200.300.000 Stadtrat/Besoldung:

Die Berechnung stimmt weitgehend, sie ist jedoch im Ergebnis etwas zu hoch. Es entfallen in der Position Besoldungsrückerstattungen im Vergleich zum Budget 2012 CHF 85'000.--. Ablieferungen. Gleichzeitig steigen die Sitzungsgelder für Sitzungen in von der Stadt bezahlten Gremien von CHF 20'000.-- auf CHF 29'000.-- (siehe Budgetkommentar 2013 zu Position 1200.300.100). Die Veränderung beträgt damit (ohne Berücksichtigung der Einsparungen bei den Gesamterneuerungswahlen) total CHF 94'000.--. Mit der Gutheissung des Variantenvorschlags 5 x 70% haben die Stimmberechtigten diese Veränderungen jedoch klar genehmigt. Im Abstimmungsmagazin wurden die finanziellen Konsequenzen „Variantenvorschlag zu den Stadtratspensen“ (Seite 16-18) offen dargelegt. Zusätzlich ermöglichte die Neuregelung 2012 erstmals den Verzicht auf einen separaten Wahlgang für die Wahl der vollamtlichen Stadtratsmitglieder. Damit verbunden sind in Jahren mit Gesamterneuerungswahlen Einsparungen in der Kostenstelle Wahlen und Abstimmungen in der Höhe von mehreren tausend Franken.

2200 Museum zu Allerheiligen:

Die GPK hat sich ausführlich vom Stadtpräsidenten über die diversen Positionen

orientieren lassen. Noch eine Ergänzung der Position 2200.469.000 Museum/Beiträge von Dritten: Die Summe von neu CHF 141'500.-- setzt sich aus dem Kostenbeitrag der Sturzenegger Stiftung an die befristete Anstellung (Konto 2200.301.014) und dem Kostenbeitrag der Sturzenegger Stiftung an die Versicherung der Kunstsammlung zusammen.

3111.400.011 Gemeindesteuern natürliche Personen:

Die GPK ist immer vom Finanzreferenten Peter Neukomm über die Entwicklung des Steuersolls orientiert worden. Aufgrund der neusten Entwicklung des Steuersolls der Stadt Schaffhausen sahen sich die GPK und der Finanzreferent veranlasst, die entsprechende Korrektur vorzunehmen, nämlich eine Ertragsminderung von CHF 300'000.--.

3111.400.020 Gemeindesteuern juristische Personen und 3111.400.021 Gemeindesteuern Zu- und Abrechnungen aus Vorjahren juristische Personen:

Diese beiden Budgetpositionen sind der eigentliche Ausschlag, dass wir mit einer enormen Ertragsminderung budgetieren müssen. Aufgrund der Gewinnwarnung durch die Verantwortlichen der kantonalen Steuerverwaltung über das Steuersoll der juristischen Personen müssen wir eine Korrektur von insgesamt (beide Positionen zusammen) von CHF 3 Mio. vornehmen.

4110.361.001 Existenzsicherung/Verbilligung Krankenkassenprämien:

Über dieses Konto wurde im Vorfeld viel gesprochen, geschrieben und auch abgestimmt. Fakt wird sein, dass das Budget 2014 um Millionen von Franken erhöht werden muss. Anlässlich der Elefantenrunde wurden wir von SR Jeanette Storrer über die geltenden Rechtsgrundlagen orientiert und mussten aufgrund des neuen Sachverhalts die Budgetposition bereits nächstes Jahr um CHF 350'000.-- erhöhen.

Verschiedene Kontopositionen Parkplatzkonzept Breite:

Mit deutlicher Mehrheit war die GPK der Meinung, dass zuerst das Konzept neu überarbeitet werden soll (Parkierungskonzept/Wohnraumplanung/Stadionfrage und so weiter). Stadtrat Peter Käppler kann sicherlich noch zusätzliche Ergänzungen zum Thema machen.

Investitionsrechnung:

62200.703.113 Liegenschaften der Finanzverwaltung, Parkcasino:

Diese Investition wurde mit dem Verweis auf die Restaurantstrategie vom 1. März 2011, die der Stadtrat seinerzeit für CHF 50'000.-- in Auftrag gegeben hatte, gestrichen.

62306.503.369 übrige Freizeitgestaltung, Garderoben Sportplatz Gruben und 63100.501.658 Spielweg:

Diese Investitionen wurden gestrichen.

Ich beantrage Ihnen aufgrund der gemachten Ausführungen, auf das vorliegende Budget 2013 mit den Ergänzungen zum Antrag des Stadtrats und der GPK vom 11. Dezember 2012 für diverse Nachträge zum Budget 2013 einzutreten und allen Anträgen zuzustimmen. Die GPK-Mitglieder verabschiedeten am 3. Dezember 2012 mit 7:0 Stimmen das Budget 2013 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit den Ergänzungen des Stadtrates und der GPK vom 11. Dezember 2012 zuhanden des Grossen Stadtrats.

Zum Schluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen der städtischen

Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der GPK-Fragen und das Zusammentragen aller Zahlen. Ein besonderer Dank geht an Finanzreferent Peter Neukomm, die Dame und Herren Stadträte, an unsere Ratssekretärin, Gaby Behring, für die Protokolle und an meine Kolleginnen und Kollegen in der GPK für ihre Unterstützung und ihren ausserordentlichen Einsatz und die stets sachliche Diskussion. Nun sehe ich mit Interesse der Budgetdebatte entgegen und danke für Ihre Aufmerksamkeit. “

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Ich darf Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/EDU-Fraktion vortragen. Sie werden nicht überrascht sein, wenn der vorliegende Voranschlag bei unserer Fraktion nicht auf grosse Zustimmung stösst, hat er sich doch seit seiner ersten Präsentation im September von einer halben Million Franken Überschuss im Laufe der GPK Beratungen zu einem satten Minus von CHF 3,3 Mio. entwickelt, was rund 3 Steuerprozenten entspricht. In der letzten Amtsperiode hätte man diesen Fehlbetrag wohl noch eher auf die leichte Schulter genommen, war doch damals allgemein bekannt, dass die Vorgängerin unseres heutigen Finanzreferenten bei den Steuereinnahmen immer genügend Luft einbaute, so dass die Rechnungen dann meistens besser abgeschlossen hatten.

Heute ist es anders, und dies darf unserem Finanzreferenten Peter Neukomm wirklich zugutegehalten werden, es werden „nackte“ Steuerzahlen ins Budget aufgenommen, die eben keine „Luft“ mehr nach oben beinhalten; eingetretene Veränderungen, wie in diesem Jahr, werden der GPK entsprechend kommuniziert, auch wenn sie unangenehm und schmerzhaft sind. Es sind diese veränderten Steuerzahlen, die in unserer Fraktion zu einer angeregten Diskussion führten, da nicht nur das Budget 2013, sondern auch die Laufende Rechnung 2012 sich durch die weggebrochenen Steuereingänge erneut massiv verschlechtert haben. Aus heutiger Sicht wird sich wohl ein Ausgabenüberschuss in der Grössenordnung von gegen CHF 10 Mio. einstellen.

Es wurde die Frage in unserer Fraktion diskutiert, ob es richtig sei, die Steuern der juristischen Personen, die grossen Schwankungen aufgrund des Steueraufkommens einzelner Gesellschaften unterworfen sind, vollumfänglich dem laufenden Finanzhaushalt zuzuführen. Wäre es nicht angebrachter, generell auf Sicherheit zu budgetieren und diese Steuerkategorie lediglich mit einem Durchschnittswert für laufende Ausgaben zu verwenden? Dies würde aber bedeuten, dass bei einem effektiven Mehreingang in der Rechnung ein Gewinn resultiert, der aber nicht dazu verwendet werden dürfte, um die Steuern zu senken, sondern um Schulden abzubauen. Dies bedingt aber auch, dass die Ausgaben, sprich Kosten, nur nach diesem durchschnittlichen Steuereingang budgetiert werden dürfen, und da liegt eine weitere Krux, weil diese zurzeit einfach immer noch zu hoch sind, wie das zur Diskussion stehende Budget zeigt. Unsere Fraktion ist deshalb klar der Meinung, es müssen in der nächsten Amtsperiode weitere Kostensenkungsprogramme folgen. Was mit den beiden Massnahmenpaketen SLA 1 und 2 beschlossen wurde, ist schlicht nur ein Tropfen auf den heissen Stein; wir sprechen klar von weiteren Kostensenkungsprogrammen und nicht Gebührenerhöhungsplänen oder gar Steuererhöhungen, wie sie die linke Seite im Wahlkampf bereits angetönt hat.

Dazu sagen wir klar: Steuererhöhungen, nicht mit uns, denn der nachträgliche korrekte, im Zusammenhang mit der Motion Wullschleger veröffentlichte Steuerbelastungsvergleich der 35 Schweizer Städte ab 20'000 Einwohner zeigt klar

auf, dass unsere Stadt in den meisten Steuerkategorien im zweiten oder gar dritten Drittel liegt. Das ist bei Weitem kein Ruhmesblatt, wenn wir Leute zu uns nach Schaffhausen locken wollen. Und gut situierte Steuerzahler, die mithelfen, die Steuersituation schnell zu verbessern, lassen sich übrigens oftmals durch Steuerberater bei ihren Standortentscheiden beraten und sind in unserem Kanton und unserer Stadt leider immer noch in der Minderzahl. Dies kann der Einkommenssteuerstatistik des kantonalen Finanzdepartements entnommen werden. Auch das Abschröpfen der wenigen hier ansässigen Gutsituierten durch Wiedereinführung der 13. Progressionsstufe des Steuertarifs, wie dies die Reichtumssteuerinitiative der AL fordert, wird bei einem positiven Ausgang der Abstimmung für die AL nicht zu überlaufenden Kassen bei Kanton und Stadt führen, sondern eher zur Abwanderung der guten Steuerzahler. Zudem ist aufgrund der aktuellen Situation unserer Kantonsfinanzen und der beim Kanton geplanten Grossbauvorhaben wie Spital und Sicherheitszentrum eine Steuererhöhung auf kantonaler Ebene unumgänglich, und diese wird auch dazu führen, dass sich die Steuerbelastung unserer Bürgerinnen und Bürger verschlechtert.

Bevor ich ein paar einzelne Punkte aus dem zur Diskussion stehenden Budget anspreche, nochmals kurz zurück zur Idee der Budgetierung der durchschnittlichen oder man könnte auch sagen „gesicherten“ Steuereinnahmen der juristischen Personen. Diese Idee tönt zwar schön und gut, aber ob wir als Parlament diese in jedem Fall mittragen und ob Überschüsse in den Rechnungen nicht zu Gelüsten nach Steuersenkungen führen oder zum Beschluss von Mehrausgaben, bleibe vorerst einmal im Raum stehen, denn noch sind diese Steuern nicht „durchschnittlich“ im Budget eingestellt. Unsere Fraktion ist aber gerne bereit, in der nächsten Legislatur diese Idee, allenfalls in der GPK, vertiefter zu diskutieren.

Lohnsummenentwicklung:

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die vorgesehene Lohnsummenentwicklung von rund einer Million Franken trotz des negativen Gesamtbudgets nicht gekürzt werden soll, dies insbesondere auch im Hinblick auf den vom kantonalen Parlament gefassten Beschluss, die Lohnsumme bei wesentlich tieferem Rot im selben prozentualen Ausmass zu erhöhen. Die SVP/EDU-Fraktion hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, die Löhne sollen zwischen Kanton und Stadt harmonisiert sein, was auch mit viel Aufwand vollzogen wurde.

Indexzulage an Pensionierte:

Zu Diskussionen führte die auf Seite 52 budgetierte Indexzulage über CHF 200'000.-- an Pensionierte, Konto 3002.307.001, insbesondere deshalb, weil der Kanton diese Zulage nicht ausrichtet und viele Privatversicherte von ihren Versicherern ebenfalls keine Zulage erhalten; sollten sie aber eine erhalten, hätten sie diese selbst zu versichern, das heisst Prämien dafür zu leisten. Dazu wird ein Antrag aus unserer erweiterten Fraktion gestellt.

Kinder- und Jugendbetreuung:

Zu reden gegeben hat auch die auf Seite 82 unter 5201.365.532 vorgesehene Erhöhung des Beitrags an den Trägerverein Spielhuus/Tagesstätten um CHF 310'000.--. Damit wird das Platzangebot um 10 Plätze erhöht, was bedeutet, dass pro Kind und Platz jährlich CHF 31'000.-- ausgegeben wird. Ein Blick auf die Budgetzahlen zeigt auch, dass wir in der Stadt Schaffhausen für die Kinder- und Jugendbetreuung recht tief in die Tasche greifen. Den wenigsten unter Ihnen dürfte bekannt sein, dass wir dafür jährlich gesamthaft über CHF 5,56 Millionen aufwenden, was rund 5,5 Steuerprozent entspricht. Der Nettoaufwand für die Kinder- und

Jugendbetreuung beträgt (gemäss Budget Seite 80) CHF 3,96 Mio.; dazu kommen die Ausgaben für Quartier- und Jugendarbeit von rund CHF 1,1 Mio (Seite 60 des Budgets) sowie die Schulsozialarbeit im Umfang von mehr als einer halben Million Franken (Seite 62). Weiter sind noch Beiträge von rund einer Million Franken unter der Rubrik „Weiterbildung und Freizeitgestaltung“ budgetiert; hier fallen insbesondere die Beiträge an die Musikschulen und den Ferienspass ins Gewicht. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Es geht unser Fraktion nicht darum, dass wir diese Beiträge streichen wollen, vielmehr wollen wir aufzeigen, dass die Stadt Schaffhausen in diesem Bereich sehr vieles leistet und tut, und nicht, wie immer wieder unerschwerlich behauptet wird, untätig sei.

Mitgliederbeitrag Naturpark:

Unterstützt von unserer Fraktion wird die Streichung des Mitgliederbeitrags an den Regionalen Naturpark Schaffhausen im Betrag von CHF 17'500.--. Obwohl suggeriert wird, mit diesem Beitrag würde die wirtschaftliche Situation des ländlichen Raums, das heisst der ehemaligen Gemarkung der Gemeinde Hemmental, besser vermarktet, glaube ich mit meiner 25-jährigen Politerfahrung nicht daran. Wenn wir dies wollen, müssen wir auch bereit sein, auf den Randenhöhen - sei es auf dem Zelgi, beim Chrüzweg oder auf der alten Staag - touristische Bauten zu errichten. Doch dies wird nie und nimmer gelingen, sind wir doch heute soweit, dass ein paar Leuchtwürmli und der Hemmentaler-Bach, der mehr trocken ist, als er Wasser ableitet, dazu führen, dass der Radweg nach Hemmental, der primär unsere Kinder vor dem Verkehr auf der Hauptstrasse schützen soll, von grüner Seite mit Einsprachen boykottiert wird. Umso weniger trifft es zu, dass der Naturpark auf dem Randen die Errichtung von Bauten erleichtern würde, wie mancherorts kolportiert wird, denn die ehemalige Gemarkung der Gemeinde Hemmental befindet sich vollständig im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung, kurz BLN, das besonders vom Bund geschützt wird.

Wenn wir etwas für die Natur tun wollen, sind diese CHF 17'500.-- dem Bereichsleiter Wald für zusätzliche Massnahmen in Wald und Flur zur Verfügung zu stellen, und zwar für Massnahmen wie von Kollege Martin Roost in einer früheren Ratssitzung angeregt. Mit dem Naturpark wird nicht die Natur geschützt, sondern im Gegenteil, der (Auto)Tourismus auf den Randenhöhen gefördert. Und den Vergleich mit dem Naturpark „Thal“ brauchen wir überhaupt nicht zu scheuen; wir sind dank unseren früh eingeleiteten Massnahmen beim Kanton und den Randengemeinden, die zusammen mit der Randenbauernvereinigung, der KURA und selbstverständlich dem Bewusstsein der Bevölkerung, den Randenbauern, den Leuten vom Forst und kantonalem Naturschutzamt, wesentlich weiter im Schutz der Natur, und darum muss es schlussendlich gehen.

Künzle-Heim:

Gerade die in der GPK im Beisein des Bau- und Heimreferenten geführte Diskussion im Zusammenhang mit den im Budget eingestellten Kosten für die Anschaffung von beweglichem Inventar, beziehungsweise dem Unterhalt der Gebäude und Anlagen im Künzle-Heim - ich spreche von den Positionen 5321.311.005 und 314.300 auf Seite 96 - lassen vermuten, dass die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen Bau- und Heimreferat, respektive Heimleitung und Hochbauamt nicht klar geregelt sind. Hier erwarten wir deutliche Verbesserungen mit klaren Strukturen und Kompetenzen. Ohne der Diskussion um die Bauabrechnung dieses Heims vorzugreifen, lassen Gehörtes zu diesem Heimneubau aufhorchen. Gerade die mangelnde Einsicht des Architekten für Anliegen der Baukommission finden wir stossend und unverständlich. Ist es denn nicht mehr derjenige, der zahlt, der das

Sagen hat, sondern ein Architekt mit seinen etwas skurrilen Ideen? Anders kann wohl das Anbringen einer Glasschiebetüre bei der Toilette des Heim- und Hotellerieleiters nicht bezeichnet werden, weshalb jetzt im Budget die Kosten für eine normale Wand mit normaler, nicht durchsichtiger Türe eingestellt sind. Für diese bauliche Massnahme haben wir volles Verständnis. Kein Verständnis haben wir aber dafür, dass sich die Baukommission in dieser und anderen Fragen nicht durchsetzte und der Architekt offenbar da und dort seinen Stempel aufdrücken konnte. Heute stellt man fest, dass sich dies im täglichen Einsatz als völlig unzweckmässig erweist. Wir rieben uns nur noch verwundert die Augen, als uns erklärt wurde, dass sich der Architekt aus ästhetischen Gründen geweigert habe, Gegenstände aufzuhängen, die an ein Altersheim erinnern und deshalb auf den Einbau von Flurdisplays auf den Etagen verzichtet wurde. Jetzt muss man nachträglich Uhren und Schwesternrufanzeigen anbringen, damit sich die Altersheimbewohner besser orientieren können und das Pflegepersonal erkennen kann, wer nach ihnen ruft. Auf gänzlichem Unverständnis stösst bei uns der Umstand, dass ein angeblich für den Bau von Altersheimen spezialisierter Architekt nicht in der Lage war, ein praxistaugliches Konzept für eine Dementenstation zu erbringen. Dass die Bodenbeläge in den neu erstellten Alterswohnungen bereits abgewetzt sind und erneuert werden müssen, rundet das Bild komplett ab.

Parkierungskonzept/Wohnraumentwicklung Breite:

Viel zu diskutieren gab einmal mehr die Breite, vor allem im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des Parkierungskonzepts Breite/Steig, aber auch mit den budgetierten CHF 85'000.--, die in der Position 62100.581.007 Wohnraumplanung der Investitionsrechnung, Seite 156, für städtebauliche Studien auf der Breite eingestellt sind. Hier vertritt unsere Fraktion klar der Meinung, dass bezüglich Breite ein Marschhalt eingelegt und die Situation neu beurteilt werden muss. Denn zu vieles ist heute unklar. Mangelnde oder fehlerhafte Kommunikation zum Parkierungskonzept tragen nicht gerade zur Akzeptanz bei. Gerade das Parkierungskonzept stösst bei einem Grossteil der Bevölkerung der Breite nicht auf Gegenliebe, wie man im täglichen Gespräch mit Quartierbewohnern auf der Breite hört. Es ist ein Trugschluss, wenn man aus der mehrheitlichen Zustimmung der an den zwei Info-Veranstaltungen anwesenden Personen schliessen will, dass das Parkplatzkonzept von einer breiten Bevölkerungsschicht getragen wird. Hier haben wir andere Informationen aus dem Quartier als offenbar der Stadtrat wahrhaben will. Auch stellen sich im Quartier Fragen im Zusammenhang mit dem Breiteschulhausneubau und der Vereinbarkeit mit dem Parkierungskonzept. Zudem hat sich die Meinung betreffend Stadion in der Breite um 180 Grad gewendet. Der Quartierverein Breite zieht sogar in Erwägung, eine Petition oder eine Volksmotion mit dem Titel „Das Fussballstadion Breite wird saniert und bleibt grün“ zu lancieren, um den politischen Meinungsträgern vor Augen zu führen, dass ein Umdenken stattgefunden hat. Die völlig offenen Fragen, ob das Stadion in absehbarer Zeit wirklich von der Breite wegkommt oder ob die Schaffhauser Bevölkerung dem Baulandverkauf im Hohberg und damit dem eingeschlagenen Weg der Wohnraumentwicklung zustimmt, werden die Entwicklung im Breite-Quartier massiv beeinflussen, weshalb dringend eine Denkpause bis zur entsprechenden Klärung der Parameter geboten ist. Aus diesem Grund unterstützen wir den Weg einer separaten Vorlage für das Parkierungskonzept Breite/Steig klar, zudem werden wir zur Position der städtebaulichen Studien entsprechend Antrag stellen.

Die **SVP/EDU-Fraktion** wird auf das Budget eintreten und ihm in der vorliegenden Fassung voraussichtlich teilweise zustimmen. Wir unterstützen ausdrücklich die von der GPK vorgenommenen Einsparungen. Allerdings behalten wir uns vor, zu

weiteren Punkten des Budgets noch Fragen und allenfalls auch Anträge zu stellen. Sollten wesentliche, von der GPK eingebrachte Vorschläge vom Parlament heute Abend wieder rückgängig gemacht werden, wird die SVP/EDU-Fraktion das Budget geschlossen ablehnen.

Den im Budgetprozess involvierten Kreisen, dem Stadtrat, dem Finanzreferenten Peter Neukomm, dem alten und neuen Bereichsleiter Finanzen, Thomas Jaquet und Ralf Kolb mit ihrem Team danken wir für die schnelle und umfassende Beantwortung unserer Fragen und den angenehmen Umgang bei der Beratung des Budgets innerhalb der GPK. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Das Budget der Stadt für das Jahr 2013 passt ganz gut zu meiner heutigen Körperhaltung: Beide sind in den letzten Tagen in Schieflage geraten. Ich, weil ich mir wieder einmal aus Übermut (Anheben und zur Seite Stellen eines Rollers) einen Hexenschuss eingefangen habe, und das Budget weil in letzter Minute aufgrund einer Warnung des Kantons die künftigen Steuereinnahmen nach unten korrigiert werden mussten. Mein Hexenschuss ist aller wahrscheinlich nach in zwei bis drei Tagen vorbei. Um die düsteren Aussichten bei den Steuern aufzuhellen und damit das Budget wieder in eine aufrechte, das heisst ausgeglichene Lage zu bringen, braucht es wahrscheinlich etwas länger.

Die GPK hat sich, wie sie aus dem ausführlichen Bericht des GPK-Präsidenten entnehmen konnten, sehr detailliert mit dem Budget beschäftigt. Leider ist es aber nicht gelungen, wesentliche Verbesserungen anzubringen. Unserer Fragen, mit denen wir die Verwaltung ausgiebig beschäftigt haben, wurden ausführlich beantwortet. Dafür sei dem Stadtrat und der Verwaltung ganz herzlich gedankt.

Der Stadtrat hat uns ein seriöses und im Stadtrat schon intensiv bearbeitetes Budget vorgelegt, das ursprünglich auch einen erfreulichen Einnahmeüberschuss auswies. Einmal mehr hat es sich aber gezeigt, wie rasch das Budget bei den Steuern der juristischen Personen auf von uns nicht kontrollierbare Konjunkturschwankungen reagiert. Die Steuern von natürlichen Personen sind dagegen sicherer und berechenbarer. Der Stadtrat ist deshalb mit der Wohnraumentwicklung auf dem richtigen Weg. Nur sollte man jetzt nicht wie hypnotisiert auf einen möglichen Stadionbau schauen, sondern zügig Planungen an die Hand nehmen, die durchaus zusammen mit dem Bau des Breiteschulhauses realisiert werden könnten.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten und den Anträgen mit den Änderungen der GPK in den meisten Fällen zustimmen. Es werden aber aus unseren Reihen noch Anträge vor allem zum Naturpark sowie weitere Fragen gestellt werden.

Wir sind froh, dass gemäss den vorliegenden Anträgen sowohl die städtischen Angestellten wie diejenigen des Kantons in den Genuss einer individuellen Lohnerhöhung kommen. Damit kann das heutige Lohnsystem wenigstens einigermaßen die Versprechungen, die bei seiner Einführung gemacht wurden erfüllen. Gute bis sehr gute Leistungen können somit wirklich honoriert und gewürdigt werden. “

Christa Flückiger (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

"Auch die SP/AL-Fraktion hat sich ausgiebig mit dem Budget 2013 auseinandergesetzt und darüber befunden. Sahen auch wir nach der ersten Version optimistisch und zuversichtlich einer günstigen Prognose entgegen, stehen wir nach den letzten Anpassungen und Informationen nicht mehr ganz so euphorisch hinter dem Voranschlag 2013. Wir wissen es, die Prognosen steuern eher düsteren Zeiten entgegen, und es wird wohl kaum jemand in diesem Saal behaupten, dass wir getrost in die Zukunft blicken dürfen. Eigentlich fehlt es an allen Ecken und Enden.

Natürlich, und dies dürfen wir heute bei der Debatte keinesfalls ausser Acht lassen, die pro Kopf-Verschuldung liegt noch immer sehr tief, und es besteht zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt kein Grund zur Verzweiflung. Noch können wir verantworten, was wir planen, gesprochen und versprochen wurde. Aber- und das ist sicher- ein präventiver Plan muss aufgestellt werden. Ich werde später noch darauf eingehen.

Wir sind der Meinung, der Stadtrat legt zusammen mit der Verwaltung ein Budget auf, das guten Gewissens genehmigt werden darf. Wer das Budget gut studiert hat, sieht auch, wo massive Einsparungen gemacht und wo in jeder Hinsicht Verbesserungen vorgenommen wurden. Dies schlägt sich beispielsweise und insbesondere bei den Lohnkosten nieder. Natürlich wurden diese Einsparungen gleich wieder kompensiert, dies aber, und das wissen ebenfalls sämtliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier, aus nachvollziehbaren Gründen. Ich spreche das Beispiel der Lohnkosten im Pflegebereich an. Die Altersbetreuung wird ewiges Finanzierungsthema bleiben. Trotzdem hat der Stadtrat seine Aufgabe in der Personalpolitik wahrgenommen und versucht, ständig zu optimieren. Wir von der SP/AL-Fraktion sind aber klar der Meinung, dass sich dies nicht auf Kosten der Qualität und auf die Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten niederschlagen darf. Das heisst, wir stehen weiteren Personalreduktionen, wie sie immer wieder gefordert werden, kritisch gegenüber, was nicht heisst, dass nicht auch wir daran interessiert sind, dort wo möglich und umsetzbar, die bestmögliche Lösung anzustreben und die damit resultierenden Sparmassnahmen mitzutragen. Wir signalisieren einfach, dass der Arbeitsort, die Anstellung und der Lohn zufriedenstellend für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein müssen. Die Stadt als Arbeitgeberin hat hier einen klaren Auftrag.

Es freut uns, dass dem städtischen Personal eine Lohnerhöhung von 1% in Aussicht gestellt wird, und dies war auch in der Vorberatung in der GPK kein Thema. Positive Aufnahme in unserer Fraktion fand die Tatsache, dass ein Budgetbetrag von CHF 200'000.-- für unsere Pensionierten eingesetzt wird. Die Verteilung der Gelder so einzusetzen, dass schon länger pensionierte ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen höheren Beitrag erhalten sollen, finden wir klug, mussten doch diese über mehrere Jahre ohne jegliche Zulagen auskommen, da eine Indexzulage für Pensionierte der Stadt nur alle paar Jahre stattfindet.

Ich habe es in meinen einleitenden Worten erwähnt. Damit die Stadt finanzkräftig und handlungsfähig bleibt, dazu braucht es die nötigen finanziellen Mittel. Die neuste Information zu den fehlenden Steuereinnahmen hat uns auf den Plan gebracht. Wir müssen uns ernsthaft und verantwortungsvoll überlegen, was zu tun ist, um weiterhin fehlende Steuereinnahmen aufzufangen, um auch in Zukunft die Liquidität ohne grössere Verschuldung zu erhalten. Unsere Fraktion hat schon zum Budget 11 und 12 von einer Steuererhöhung gesprochen, vielleicht sollten wir nicht immer nur davon sprechen, vielleicht sollten wir endlich handeln, denn auch sparen kann ein Ende haben und Schulden verursachen. Wir brauchen die Gelder nicht nur für

Neuinvestitionen, was uns mit weit grösserer Sorge erfüllt, sind die schrumpfenden Mittel für die gebundenen Kosten. Daran führt kein Weg vorbei, hier können wir lange über Sparwillen sprechen, dazu sind wir gesetzlich verpflichtet.

Der Erhalt eines gut funktionierenden, bürgerfreundlichen Service public ist für die SP/AL ein sehr grosses Anliegen. Es nützt uns nichts, überall immer und nur auf der Sparbremse zu stehen und die Sparwut auf Kosten von einem gut ausgebauten ÖV, einer Chancengleichheit nicht nur in der Bildung, von günstigem Wohnraum, einem ansprechendem Kulturprogramm und von attraktiven Bedingungen für eine gute ausserfamiliäre Kinderbetreuung - die Liste könnte beliebig weitergeführt werden - auszuleben. Schliesslich sind genau die aufgeführten Punkte das, was einen attraktiven Standort ausmacht. Eine Stadt kann sich auch krank sparen. Auch die ab dem Jahr 2014 greifenden Massnahmen zur Prämienverbilligungsinitiative werden uns finanziell fordern.

Um nur schon den heutigen aktuellen Ertragsüberschuss aufzufangen, beziehungsweise auszugleichen, bräuchten wir eine Erhöhung von drei Steuerpunkten. Wir sind überzeugt, ein Umdenken muss stattfinden.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen zum Schluss meines Votums und passend zum heutigen Abend eine Anregung auf den Weg geben. Ich bin sicher, auch ohne die Katze gleich aus dem Sack zu lassen, dass wir noch eine spannende und interessante Diskussion führen werden. Vielleicht handeln wir auch klug, egal, welche Ratshälfte es dann betrifft, wenn wir folgende Weisheit vor Augen haben:

„Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann“

Ich freue mich auf eine engagierte Debatte und darf Ihnen mitteilen, dass die SP/AL-Fraktion auf das Budget 2013 eintreten und ihm auch zustimmen wird. Zudem trägt sie einige Änderungsanträge der GPK mit, dort, wo nötig, wird sie intervenieren, beziehungsweise werden weitere vereinzelt Anträge zum Budget 2013 gestellt. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

„Ich möchte an dieser Stelle nochmals erwähnen, dass der Stadtrat im Rahmen der immer noch schwierigen finanzpolitischen Lage ein Budget vorlegte, das sich ausgeglichen präsentierte. Ohne Einbezug der vorliegenden Änderungsanträge wären die Einnahmen in der laufenden Rechnung grösser als die Ausgaben. Anzumerken ist allerdings, dass bei den nicht allzu hohen Ausgaben der Investitionsrechnung die kürzlich gesprochenen Kosten für den Freien Platz noch nicht enthalten sind. Zudem fehlen im Voranschlag die Beträge, die möglicherweise in naher Zukunft durch Parlament und durch Stimmvolk verabschiedet werden. Zum Beispiel die Vorlage für die Erweiterung der Schulanlage Breite, die uns bereits bekannt ist. Weitere Investitionen, die bestimmt dazu kommen werden, beeinflussen den Voranschlag ebenfalls.“

Die genauen Ausführungen über den Voranschlag der Stadt Schaffhausen für das Jahr 2013 präsentierte Ihnen GPK-Präsident Walter Hotz. Ich kann mich deshalb auf einzelne Punkte, die wir in unserer Fraktion diskutierten, beschränken.

Zum Thema Sparen:

Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung steigt mit den Änderungsanträgen in eine Höhe von über CHF 3,25 Mio. Der Hauptgrund liegt bei den sinkenden

Steuereinnahmen der juristischen Personen. Die Aussichten in diesem Bereich sehen auch für die Zukunft nicht rosig aus. Sparen ist deshalb auch im neuen Jahr angesagt. Wir alle, Stadtrat und Parlament, müssen uns darin vertieft üben. Nicht nur deshalb möchte ich erwähnen, dass wir über die Planungskosten für die Projektierungen am Rheinufer nicht gerade erfreut sind, sei es unterhalb der Feuerthalerbrücke oder oberhalb der Brücke im Bereich des Lindlis. Zu diesem Thema werden wir uns von der FDP während der Detailberatung noch melden.

Hingegen werden wir uns nicht gegen die Lohnentwicklung für das städtische Personal um ein Prozent wehren. Im Gegenteil, wir finden es wichtig, dass die Stadt in diesem Punkt mit dem Kanton gleich ziehen kann. Auf beiden Seiten sollte der leistungsbezogene Lohn in einem vernünftigen Rahmen unterstützt werden.

Zum Schluss darf ich Ihnen mitteilen, dass die FDP-Fraktion auf den Voranschlag 2013 der Stadt Schaffhausen eintreten wird. Wir werden im Rahmen der anschliessenden Debatte die Anträge des Stadtrates und der GPK mehrheitlich unterstützen und dem Budget zustimmen. “

Walter Hotz (parteilos)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Ich möchte nur kurz auf das Votum der Sprecherin der SP/AL-Fraktion bezüglich Steuerfuss zurückkommen, ein Thema, das Sie in den letzten Jahren immer wieder angesprochen haben und dazu aus dem Votum Ihres Sprechers anlässlich der letzten Budgetsitzung 2012 wie folgt zitieren: “Hingegen ganz zahm werden wir beim Steuerfuss. Aufgrund der auch für uns verträglichen Budgetierung 2012 können wir uns mit dem vorgegebenen Steuerfuss identifizieren”.

Die Mitglieder der Bürgerlich-liberalen Fraktion haben mit grosser Sorge das Budget 2013 zur Kenntnis genommen. Wir stellen fest, dass man sicher bei diesem Fehlbetrag nicht von aktivem Sparwillen sprechen kann. Die Stadt kann keine Rücklagen bilden, somit baut sie auch die Verschuldung nicht ab. Auch stellen wir fest, dass die Exekutive das Sparen nicht als Dauerauftrag ansieht.

Immer wieder hören wir, dass wir als die Legislative der Exekutive sagen müssen, wo gespart und somit Leistungen abgebaut werden können. Ich kann dazu nur sagen, wenn Sie nicht wollen, meine Dame und Herren Stadträte - und wenn Sie die Verantwortung an die GPK und an die Mitglieder des Grossen Stadtrates abschieben - werden wir den Finanzhaushalt in Zukunft nicht gemeinsam verbessern können. Die Steuereinnahmen sind und werden weiter einbrechen. Ich will nicht Panik machen. Aber sollte sich in nächster Zukunft die Wirtschaftslage nicht verbessern, kann ich Ihnen schon heute versichern, dass es schmerzhaft wird – für das Verwaltungspersonal und für zukünftige notwendige Investitionen. Dass das Parlament in der Vergangenheit nicht nur darauf verzichtete, der Exekutive auf die Finger zu schauen, sondern selber kräftig dazu beigetragen hat, das Ausgabenwachstum zu beschleunigen, zeigt nur, wie weit sich die Legislative von ihrer Aufgabe entfremdet hat. Hoffen wir, dass Stadtrat und Grosser Stadtrat zur Einsicht kommen werden, dass es so nicht weiter gehen kann. Es wird an uns allen liegen, daran zu arbeiten um aus dem Formtief herauszukommen. Es wird für uns eine große Herausforderung sein, die teilweise bedenklichen finanzpolitischen Kennzahlen wieder ins Lot zu bringen.

Das zukünftige Motto für uns alle muss heissen: „Bessere Leistungen zu tieferen Preisen – Verzicht auf unnötige Leistungen“. Ob eine Schuldenbremse der richtige

Weg sein wird und ausreichend ist, sei zurzeit dahingestellt und muss in diesem Rat noch beraten werden. Um die Defizite der Stadtrechnung zu bekämpfen, braucht es nach meinem Dafürhalten folgende Schwerpunkte, die umgehend vom Stadtrat angepackt werden müssen:

- Alles zu unternehmen, die Beschränkung des Ausgabenwachstums zu erreichen.
- Der Personalbestand ist auf das Nötigste zu beschränken und eine Reduktion durch geeignete Massnahmen zu ermöglichen. Ein Personalstopp muss ins Auge gefasst werden.
- Die Mitglieder des Grossen Stadtrats müssen wieder Einfluss auf den Stellenplan nehmen können.
- Die städtischen Aufgaben müssen überprüft und abgebaut werden. Beim Einsatz der Finanzmittel sind Prioritäten zu setzen.

Die Bürgerlich-liberale Fraktion wird auf das Budget 2013 eintreten. Die Mehrheit wird jedoch nicht zustimmen. Sollten sich während der Detailberatung Veränderungen ergeben, die das Budgetdefizit nur um einen Franken verschlechtern, so werde ich, beziehungsweise auch alle Fraktionsmitglieder, dem Budget 2013 nicht zustimmen. “

SR Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme Stadtrat

”Ich hoffe, Sie lassen sich von Drohungen, wie wir sie jetzt zuletzt gehört haben, nicht unter Druck setzen. Wir versuchen, sachlich zu bleiben und die Dinge beim Namen zu nennen.

Ich danke dem GPK-Präsidenten für seine Darstellung des Budgets und den Bericht über die Vorberatung in der GPK. Die GPK hat sich sehr eingehend mit dem Budget beschäftigt. Die Beratungen waren sachlich, und der SR wird sich nur in wenigen Fällen gegen GPK-Anträge in der Laufenden Rechnung stellen. Aus der Vorschau auf unsere Budgetsitzung in den heutigen SN hat uns ziemlich irritiert; sie deutet darauf hin, dass die Spielregeln über die Vertraulichkeit von GPK-Beratungen nicht mehr von allen eingehalten werden. Dies finden wir für die wichtige Rolle dieser Kommission fatal und werden das Thema in Zukunft im Auge behalten.

Ich danke an dieser Stelle auch meiner Kollegin und meinen Kollegen im SR, allen Bereichs- und Abteilungsleitern und natürlich allen Mitarbeitenden, die mitgeholfen haben, dass wir für 2013 trotz spürbar ins Gewicht fallender, nicht beeinflussbarer Mehrausgaben und Mindereinnahmen ein annähernd ausgeglichenes Budget erreichten.

Unsere Aussagen in der Botschaft vom 18. September 2012 sind in einigen Punkten von der Realität überholt worden. Das hat nichts mit ungenauer Budgetierung zu tun, sondern damit, dass die Welt nicht stehen bleibt. Es ist nicht erstaunlich, dass sich Schätzungen in einem Budget, das von Juni bis August erstellt und erst im Dezember beraten wird, und diverse Punkte aufgrund neuer Erkenntnisse verändern. Diese Behandlungsdauer ist einfach zu lange und macht eine sinnvolle Budgetierung sehr schwierig. Der SR wird der neuen GPK deshalb beantragen, das Budget nächstes Jahr bereits am 26. November 2013 zu beraten, eine Woche nach dem Kantonsrat. Wir hoffen, dass die neue GPK mitziehen wird. Die vom SR im Rahmen der GPK-Beratungen eingebrachten und die von der GPK selber beschlossenen Änderungen ersehen Sie aus dem GPK-Antrag vom 3. Dezember 2012. Sie haben

vom GPK-Präsidenten gehört, welche Veränderungen sich seit der Botschaft ergeben haben. Sie sind Ausfluss von sich verändernden Rahmenbedingungen, auf die wir schlicht keinen Einfluss haben.

Das Steuersoll 2012 hat sich seit der Budgetierung im Juni logischerweise weiter konkretisiert. Unsere Erwartungen bei den Zu- und Abrechnungen der natürlichen Personen haben sich als etwas zu optimistisch erwiesen. Wir haben diese deshalb im Budget 2013 um CHF 0.3 Mio. auf CHF 2 Mio. reduziert.

Nachdem uns die kantonale Steuerverwaltung am 4. November 2012 noch geraten hatte, unsere Budgetzahlen bei den Einnahmen der juristischen Personen unverändert zu belassen, kam es am 30. November, also kurz vor der Elefantenrunde der GPK, leider zu einer Gewinnwarnung von mindestens CHF 3 Mio., deren Auswirkungen nun auch noch ins Budget eingeflossen sind. Das Budget des Kantons stimmt natürlich jetzt auch nicht mehr; dieses ist aber bereits rechtskräftig verabschiedet.

Darüber hinaus gibt es gewisse Anzeichen dafür, dass die Höhe des Gemeindeanteils für die Prämienverbilligung im nächsten Jahr höher ausfallen könnte als bisher angenommen. Diese Anzeichen sind aber noch keinesfalls erhärtet, weshalb wir nicht wirklich glücklich sind, dass diese im Rahmen der Elefantenrunde zu einer Erhöhung des budgetierten Betrags über CHF 0.35 Mio. geführt hat. Das Gesamttotal steigt nun von CHF 5.65 Mio. auf CHF 6 Mio. Zusammen mit den übrigen Änderungen, die in der GPK noch eingeflossen sind, hat sich das Ergebnis der Laufende Rechnung 2013 von einem kleinen Ertragsüberschuss in ein Defizit von gut CHF 3 Mio. verwandelt. Sie werden sich fragen, welche Aussagen des SR in der Botschaft vom 18. September 2012 aufgrund dieser neuen Ausgangslage ihre Gültigkeit behalten. Ich kann Sie beruhigen: Es sind fast alle, denn einerseits stellen sie eine Beurteilung zum Zeitpunkt dar, als die Vorlage beschlossen wurde, andererseits sind die meisten Aussagen auch im Lichte der neusten Zahlen noch gültig.

Zuerst geht es darum, die Relationen ins richtige Licht zu rücken. Das Defizit, das von der Höhe her nicht einmal 1.5% unseres Gesamtaufwands beträgt, ist zum Glück noch klein. Wenn man gemäss Kanton davon ausgeht, dass bis 1% Abweichung noch von einem ausgeglichenen Budget gesprochen werden darf, dann dürfen wir hier also getrost immer noch von einem knapp ausgeglichenen Budget oder einem kleinen Aufwandüberschuss reden. Alles andere ist bewusste Schwarzmalerei, die aus politischen Motiven sehr gerne gemacht wird. Dass das Ergebnis trotz des schwierigen Umfelds und der aktuell negativen Entwicklungen immer noch fast ausgeglichen ist, hat auch damit zu tun, dass die Stadt ihre Hausaufgaben gemacht hat und alle Bereiche und Abteilungen sehr diszipliniert budgetiert haben. Die Budgetweisungen sind weitgehend eingehalten worden. Deshalb konnte der beeinflussbare Aufwand einmal mehr stabilisiert und teilweise klar reduziert werden, was sich vor allem beim Personal- und Sachaufwand zeigt. Ich komme noch darauf zurück; dies steht in krassem Gegensatz zu dem, was der GPK-Präsident heute gesagt hat. Darunter fallen auch die Auswirkungen der ersten SLA-Massnahmen, bei denen die aktuellste Umsetzungskontrolle zeigt, dass die Entlastungseffekte sogar etwas höher liegen als erwartet.

Erfreulich höhere Ablieferungen der städtischen Werke helfen überdies mit, den stärker als angenommen ansteigenden Aufwand zu bewältigen. Hinzu kommt, dass die Investitionen im Budget 2013 wieder tief liegen. Sie sind - wie gesagt - mit

Vorsicht zu geniessen, weil diverse Projekte noch nicht enthalten sind. Fakt ist, dass mit dem vorliegenden Ergebnis der Auftrag des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes für einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt immer noch erfüllt werden kann. Der SR steht trotz der negativeren Zahlen zu der mit der Personalkommission ausgehandelten Lohnentwicklung für das städtische Personal und zum unveränderten Steuerfuss von 98 Punkten.

Die neuen Entwicklungen lassen den SR aber keinesfalls kalt, zumal wir nicht nur bei den Unternehmenssteuern mit negativen Trendmeldungen konfrontiert sind, sondern auch bei der Existenzbeihilfe sowie der Alters- und Pflegebetreuung. Bei Letzterer wird es als Folge der neuen Verordnung des Regierungsrat vom 6. November 2012 (zu diesem Zeitpunkt hatten die Gemeinden ihre Budgets bereits gemacht) zu Zusatzkosten für die Gemeinden kommen, weil die anrechenbaren Pflegeminuten für das Erfassungssystem BESA um gut 8% reduziert werden. Zudem drohen auch erhebliche Mehrkosten aus dem kantonalen Projekt ESH3, die bisher nicht erwähnt wurden. Hier müsste aber das Gleichgewicht nach der Annahme der Prämienverbilligungsinitiative wieder hergestellt werden. In seiner Vorlage vom 22. Mai 2012 bekennt sich der Regierungsrat dazu, dass den Gemeinden aus ESH3 keine Mehrkosten erwachsen sollen. Diese Absicht erreichte er dadurch, dass er die Mehrkosten für die Gemeinden mit den Einsparungen aus dem Kantonsratsentscheid zur Prämienverbilligung verrechnete. Nachdem nun die Prämienverbilligungsinitiative angenommen worden ist, bleibt nichts mehr zum Verrechnen.

Wir werden angesichts der sich verschlechternden Prognosen gefordert sein, die Entwicklungen genau zu beobachten. Wir werden versuchen, die erwarteten Ausfälle so klein als möglich zu halten, respektive zu kompensieren, wo es geht. Wie in den vergangenen Jahren werden sich Stadtrat und Verwaltung darum bemühen, die Budgetbeträge nicht voll auszuschöpfen, damit das Resultat in der Jahresrechnung besser ausfällt als budgetiert. Die letzten Jahresabschlüsse belegen die Zurückhaltung bei der Mittelverwendung, haben wir doch bei vielen beeinflussbaren Positionen in der Rechnung immer wieder unter Budget abgeschlossen. Auch dies kontrastiert mit dem heute Gehörten, wonach wir angeblich nicht wissen, was sparen bedeutet.

Wie Sie alle wissen, kommt aufgrund des Volksentscheids vom 25. November 2012 im Jahr 2014 eine kräftige Aufwandsteigerung beim Gemeindeanteil der Krankenkassenprämienverbilligung auf uns zu. Dieser wird vermutlich über CHF 3 Mio. liegen und für die Budgetierung 2014 eine grosse Herausforderung darstellen.

Laufende Rechnung

Wesentliche Abweichungen beim Aufwand:

Der Aufwand in der Laufenden Rechnung erhöht sich gegenüber dem Budget 2012 von CHF 228.5 Mio. auf CHF 232.3 Mio. Warum wird der Aufwand 2013 steigen? Einerseits müssen wir einen Prämienanstieg der Krankentaggeldversicherung verkraften. Dies war absehbar, nachdem wir in den letzten zwei Jahren von dieser Versicherung stark profitieren konnten. Bei den Altersheimen steigt der Personalaufwand noch einmal stark an. Zudem werden die Abschreibungen spürbar höher sein, was mit zusätzlichen Investitionen im laufenden Jahr zu erklären ist. Eine weitere Steigerung ergibt sich bei der Prämienverbilligung (+CHF 350'000.--). Ohne diese Mehrausgaben läge der Aufwand trotz einer Lohnsummenentwicklung im Rahmen des Budgets 2012. Dies zeigt sehr deutlich auf, wie haushälterisch in der Stadt mit den öffentlichen Mitteln umgegangen wird, und dass wir sehr gut wissen, was sparen ist.

Personalaufwand:

Der Personalaufwand steigt von CHF 104.9 auf CHF 106.9 Mio. und dies, obwohl die meisten Bereiche 2013 tiefere Personalkosten aufweisen als 2012. Insbesondere die Verwaltung wird rund CHF 1 Mio. günstiger sein. All diese Einsparungen werden aber durch die Personalkostensteigerungen von rund CHF 1.4 Mio. in der Altersbetreuung wieder kompensiert.

Nach der bescheidenen Lohnentwicklung der letzten Jahre erachtet es der Stadtrat als wichtig, dass 2013 eine moderate Erhöhung der Lohnsumme von 1% stattfinden kann, damit die lohnwirksame Qualifikation der Mitarbeitenden glaubwürdig und die Stadt als Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt. Es geht auch um ein Zeichen der Wertschätzung. In diesen Zusammenhang gehört eine positive Rekordmeldung erwähnt: Wir sind auf dem Platz Schaffhausen der grösster Anbieter von beruflichen Ausbildungsplätzen mit einem breitem Spektrum. Bei meinem Amtsantritt 2009 hatten wir 80 Lernende. In diesem Jahr bilden wir die magische Zahl von 100 Lernenden aus. Darauf dürfen wir stolz sein. Für die Betreuung dieser Lernenden braucht es Personal. Ich versichere Ihnen an dieser Stelle aber auch, dass eine sorgfältige Betreuung der Lehrlinge nicht mit einem heruntergefahrenen Personalbestand gewährleistet werden kann. Dessen muss man sich im Zusammenhang mit den Personalkosten bewusst sein.

Die letzte automatische Anpassung der Renten unserer Pensionierten fand per 1. Januar 2001 statt. Die aufgelaufene Teuerung seither beträgt 8.24 Prozentpunkte. In diesem Umfang haben die Renten seither an Kaufkraft verloren. Es gibt Arbeitgeber der kantonalen Pensionskasse, welche die Teuerung voll ausgeglichen haben (Kantonalbank, EKS) oder solche, die jedes Jahr einen kleinen Beitrag an ihre Rentnerinnen und Rentner ausbezahlen (wie zum Beispiel Neuhausen). Nachdem in der Stadt die letzten Indexbeiträge an die städtischen Rentnerinnen und Rentner schon drei Jahre zurückliegen, hat der SR im Budget 2013 auch für sie eine kleine Einmalzahlung eingestellt. Dieser Indexbetrag soll individuell für jeden Rentner ausgerechnet werden, abhängig von seinem Basisjahr. Besten Dank an Rainer Schmidig, der diese Aufgabe für uns machen wird.

Sachaufwand:

Zu diesem Thema muss ich nicht viel sagen; gewisse Personen sollten einfach gut zuhören. Der Sachaufwand steigt gegenüber Budget 2012 nur um 0.31% (CHF +106'400.--). In der Botschaft war es noch 1%. Er beträgt gesamthaft CHF 34'127'600.-- und ist damit praktisch stabil.

Zinsen und Abschreibungen:

Die Zinsaufwendungen werden gegenüber dem Budget 2012 um rund CHF 368'000.-- sinken. Dies hat auch mit Umschuldungen zu tun. Es zeigt zusammen mit der Zinsbelastungsquote, die auf praktisch auf Null sinkt, und der Tatsache, dass die Erträge aus dem Finanzvermögen den Zinsaufwand nahezu kompensieren, dass

- die Verschuldung noch moderat ist,
- die Stadt ein erfolgreiches Finanzmanagement betreibt,
- wir auch von tiefen Marktzinsen profitieren.

Die Abschreibungen entsprechen dem gesetzlichen Minimum und liegen mit rund CHF 13.5 Mio. etwa CHF 2.7 Mio. über dem Budget 2012. Hier wirken sich die zusätzlichen Investitionen dieses Jahres aus (Standorterweiterung IWC mit Ersatzbau Kulturgüterdepot Museum zu Allerheiligen, Erneuerung

Waldfriedhof-Sanierung Aufbahrung und Ersatzbau Dienstgebäude, Umwandlung Investition KSS-Eishalle in Anteilscheine).

Einnahmen:

Wir gehen aufgrund der neusten Einschätzungen davon aus, dass sich die Steuern 2013 nicht mehr so positiv entwickeln werden, wie wir das vor ein paar Wochen noch angenommen haben. Ich verweise auf die Gewinnwarnung der kantonalen Steuerverwaltung vom 30. November 2012 für die Unternehmenssteuern. Insgesamt wurden diese für 2013 von CHF 21 Mio. auf CHF 18 Mio. reduziert. Ich erinnere Sie an dieser Stelle daran, dass wir vor der Unternehmenssteuerreform auf kantonalen Ebene CHF 32 Mio. Einnahmen verzeichneten. Ob das eine einmalige oder nachhaltige Sache ist, wissen wir noch nicht. Die Steuereingänge der natürlichen Personen sind weniger volatil, aber auch sie werden 2013 nicht mehr ganz so stark wachsen, wie erwartet. Wir haben sie insgesamt von CHF 83.3 Mio. auf CHF 83 Mio. korrigiert. Total werden also CHF 118.1 Mio. Steuereinnahmen budgetiert, was praktisch dem Stand des Budgets 2012 entspricht. Bei den Entgelten sollten als Folge einer kleinen Taxerhöhung die Heimtaxen und Kostgelder um rund CHF 0.8 Mio. ansteigen.

Investitionsrechnung

Die Nettoausgaben in der Investitionsrechnung belaufen sich nach den GPK-Beratungen auf CHF 5.5 Mio., ein absoluter Tiefstwert. Die Differenz zur Botschaft ergibt sich unter anderem aus dem Verkauf des 3. OG Kammgarn an die IWC AG. Mit diesem Verkauf, der im Januar 2013 über die Bühne gehen wird, ist der konservativ budgetierte Buchgewinn von CHF 1.5 Mio. bereits erreicht. Da gibt es für die Laufende Rechnung noch etwas Spielraum nach oben. Die wichtigsten Investitionen finden Sie auf Seite 8 der Botschaft aufgelistet.

Einige gewichtige Investitionen, welche durch den Grossen Stadtrat und das Stimmvolk zu entscheiden sein werden, sind im Budget usanzgemäss noch nicht enthalten. Stichworte dazu sind:

- KSS Instandstellungsarbeiten
- FCS-Park
- NHTLZ Unterstützungsbeitrag
- Kindergarten Brüel
- Schulhaus Breite Erweiterung/Neubau
- Freier Platz
- Liegenschaften Finanzvermögen

Finanzierung:

Aufgrund der tiefen Bruttoinvestitionen von CHF 15.2 Mio., die im Budget eingestellt sind, verbessern sich die Kennzahlen gegenüber dem Budget 2012 markant. Wir haben einen Finanzierungsüberschuss von fast CHF 1 Mio. im Verwaltungsvermögen und von CHF 1.3 Mio. im Finanzvermögen. Der Selbstfinanzierungsgrad steigt von 63% auf rund 123%.

Prognose 2012:

Die Mitte Jahr erstellte Prognose für das Ergebnis der Rechnung 2012 sieht negativer aus, als das Budget 2012. Statt mit einem Defizit von CHF 1.4 Mio. wurde vor 6 Monaten mit einem Defizit von CHF 4.7 Mio. gerechnet. Der Unterschied ergibt sich aus dem CHF 2.8 Mio. höheren Abschreibungsbedarf zufolge Investitionen, die

im Budget 2012 noch nicht enthalten waren (Sanierung Waldfriedhof, Kulturgüterraum Ebnet, Umwandlung Investition KSS in Anteilscheine) sowie aus höheren Ausgaben im Sozialbereich (Beiträge an private Haushalte plus CHF 0.9 Mio.). Wie man auf ein Defizit von CHF 10 Mio. kommt, ist meiner Ansicht nach spekulative und unnötige Panikmache. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Verwaltung vor allem im zweiten Halbjahr unter dem Eindruck der sich verschlechternden Prognose stark bemühte, nur das Nötigste auszugeben.

Finanzplan 2013 - 2016 vom 20. November 2012:

Ein geflügeltes Wort sagt, ein Finanzplan sei am Tag nach seiner Publikation schon wieder überholt. Darum ist er ja auch rechtlich unverbindlich und rollend, muss also immer wieder den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Das gilt natürlich auch für die finanziellen Auswirkungen der Krankenkassenprämieninitiative auf die Laufende Rechnung ab 2014. Der Vorwurf, der Stadtrat habe den Finanzplan bewusst kurz vor der Abstimmung über diese Initiative publiziert, um mit rosigeren Zahlen zu glänzen, ist natürlich Blödsinn. Wir haben im Übrigen nie zugesichert, allfällige wiederkehrende Mehrausgaben aus der Prämienverbilligung in den Jahren 2014 - 2016 "ausgabenseitig anderweitig" - sprich mit einem Leistungsabbau - zu kompensieren. Deshalb kann man den Stadtrat diesbezüglich auch nicht beim Wort nehmen. Wie die drohenden Mehrausgaben der Prämienverbilligung finanziert werden, muss jedes Jahr bei der Budgetierung neu entschieden werden, und zwar in Kenntnis aller finanziellen Rahmenbedingungen. Alles andere wäre finanzpolitisch schlicht unseriös. Zusatzbemerkung zu den Steuern: Die gemachten Aussagen haben mich provoziert. Weshalb nur der Kanton seine Steuern erhöhen darf und die Stadt nicht, wenn eine finanziell angespannte Lage besteht, ist für mich nicht nachvollziehbar. Der Kanton hat - im Gegensatz zur Stadt - ein grosses Eigenkapital - und die kommunalen Steuervergleiche mit anderen Städten zeugen deutlich, dass sich die Stadt absolut auf Augenhöhe positioniert. Unser Problem ist bei diesen Vergleichen der kantonale Steuerfuss, eine sehr wohl bekannte Tatsache. Weshalb nun also der Kanton seine Steuern erhöhen darf, und wir nicht, bleibt ein Rätsel. Ich möchte an dieser Stelle nicht weiter auf das Thema eingehen. Das BIP ist in unserem Land in den letzten Monaten vor allem aus einem Grund nicht eingebrochen, nämlich wegen der Investitionen der öffentlichen Hand. Wenn Sie die Zeitung gelesen haben, wissen Sie dies auch; es ist ein wichtiger Aspekt, der an dieser Stelle doch erwähnt werden muss. Dass bei neuen Entwicklungen, die nicht mit den bei der Ausarbeitung des Finanzplans getroffenen Annahmen übereinstimmen, Investitionen überdacht, gestaffelt oder hinausgeschoben werden müssen, entspricht der ureigensten Führungsaufgabe des Stadtrats, die er - das kann ich Ihnen an dieser Stelle versichern - sehr wohl auch wahrnehmen wird.

Ausblick und Fazit:

Ich kann den meisten Rednerinnen und Redner zustimmen, dass der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt nach wie vor sehr bescheiden ist. Zudem bleibt die wirtschaftliche Entwicklung ungewiss. Die Konjunkturprognosen sind in den letzten Wochen eher etwas pessimistischer. Das SECO und die KOF rechnen für das kommende Jahr noch mit einem kleinen Wachstum der Wirtschaft von 1.3-1.4%. Die Turbulenzen im Euro-Raum hinterlassen auch in der Schweiz deutliche Spuren. Immerhin ist die wirtschaftliche Lage aber noch deutlich besser als in den meisten Euro-Staaten. Der Hauptgrund für die erwartete Konjunkturabschwächung bildet die weiter abnehmende Nachfrage nach Schweizer Produkten und Dienstleistungen vor allem in Europa sowie der starke Franken. Trotz etwas abflauendem Wachstum sollte die Arbeitslosigkeit aber auch 2013 vergleichsweise niedrig ausfallen.

Für die Zukunft unserer Stadt sind wir weiterhin zuversichtlich. Voraussetzungen für eine positive Entwicklung ist die erfolgreiche Umsetzung der Entwicklungsstrategie, welche über ein moderates Bevölkerungswachstum und die Ansiedlung neuer Unternehmen eine Steigerung des Steuersubstrats bewirken soll. Die Zwischenergebnisse sind erfolgversprechend: Schaffhausen war noch selten so gut aufgestellt wie heute. Dies widerspricht der Aussage von Walter Hotz, Schaffhausen sei nicht fit. Wir sind sehr fit. Die Entwicklung unserer Stadt in den letzten vier Jahren macht Mut. Die Schaffhauser Bevölkerung wächst wieder (per Ende November 2012: + 240 im Vergleich zu Ende 2011) und verzeichnet sogar einen leichten Geburtenüberschuss von 17 Personen. Es wird kräftig investiert, der Halbstundentakt auf der Schiene nach Zürich ist gestartet und bei der Wohnraumentwicklung geht es auch vorwärts. Sie alle können dazu einen wertvollen Beitrag leisten, wenn in den nächsten Monaten die einzelnen Vorlagen zur Behandlung in den Rat und vors Volk kommen. Wir zählen auf Sie. “

Till Hardmeier (JFSH)**Votum**

”Nach so viel warmer Luft, möchte ich jetzt das Fenster öffnen und hinausschauen. Uns bläst ein eisiger Wind entgegen.

Das Budget 2013 schliesst schlechter wie erwartet ab, das Gleiche gilt auch für die prognostizierte Rechnung 2012. Die Gründe sind einerseits Sonderfaktoren, andererseits aber auch, weil man es versäumt hat, in den letzten Jahren über die Bücher zu gehen und zum Beispiel die Motion Wullschleger umzusetzen. Das rächt sich jetzt umso mehr. Stattdessen wurden in diversen Bereichen (beispielsweise bei den Parkplätzen) die Gebühren erhöht. Dies gibt mehr Spielraum; aber man gibt gleichzeitig auch mit vollen Händen aus, dementsprechend steigen die Schulden. Auch bei den Investitionen wird überbordnet, und man fokussiert nicht mehr auf das Wesentliche. Beispiele: Stadthausgeviert, Rheinufer, Breite. Es werden zu viele grosse Projekte angerissen, die man weder finanziell noch mit dem Personal stemmen kann und die im Gegensatz zur Wohnraumplanung auch keine Verbesserung der Situation bringen. Ich bin froh, können wir bald über die Schuldenbremse debattieren und darüber, wie man Prioritäten setzen will. Dies ist unbedingt nötig. Ich habe von SR Peter Neukomm gehört, es sei eine Führungsaufgabe - das ist selbstverständlich so, aber das wäre es auch schon in den letzten Jahren gewesen.

Der Finanzplan 2013 bis 2016 ist tief rot, und dazu kommen noch Mehrausgaben, wie wir bereits gehört haben. Hier hat der Stadtrat im Abstimmungskampf viel zu wenig aufgezeigt, was dies für die Stadt bedeutet. Gemeinden müssen die Finanzen mittelfristig im Griff haben, und dies hat meiner Meinung nach Finanzreferent Neukomm nicht mehr. Wir haben einen Finanzierungsfehlbetrag von heute bis 2016 von unglaublichen 88 Mio. Franken, ohne Prämienvorbilligungsmillionen. Es ist unverantwortlich, einen solchen Finanzplan ohne Vorschlägen von weiteren Massnahmen zu präsentieren. Dazu gehört ein Massnahmenpaket im Sinne der SLA (systematische Verbesserungen in allen Bereichen), um aufzuzeigen, wie man die Finanzen wieder ins Lot bringt. Vielleicht ist der Stadtrat damit auch überfordert, deshalb müssen wir bürgerlichen Parlamentarier entsprechende Vorstössen einreichen. Es ist mir in dieser Situation nicht mehr wohl, zumal wir zurzeit in den Ländern der EU sehen, wohin es führt, wenn man die Finanzen nicht im Griff hat. Zur Aussage von SR Peter Neukomm “Hausaufgaben gemacht”: Meines Erachtens sind die strategischen Aufgaben nicht gemacht.

Wir haben heute Abend gehört, der Kopf sei rund, dass man die Meinung ändern könne. Wir werden dieses Jahr keine Steuersenkung fordern, weil es uns zurzeit unverantwortlich und verantwortungslos erscheint. Wir werden uns aber entschieden gegen Steuererhöhungen wehren, weil man die letzten Jahren einfach nicht genug gemacht hat; vor allem im Bereich der Zusammenarbeit mit dem Kanton und andern Gemeinden hat man jahrelang geschlafen hat. Es wurde immer mehr ausgegeben anstatt Positionen zu hinterfragen; die Priorisierung von Investitionsprojekten hat man ebenfalls nicht im Griff hat.

Wir Jungfreisinnigen werden diesem Budget nicht zustimmen und haben das Vertrauen in die Finanzkompetenz des Stadtrates nicht mehr. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Gewisse Aussagen des Finanzreferenten haben mich herausgefordert. Bezüglich der erwähnten Steuervergleiche und des genauen Auslotens von Stadt und Kanton möchte ich bemerken, dass man für solche Vergleiche alle Kommunen und deren Finanzströme mit dem Kanton und untereinander detailliert untersuchen müsste. Es ist einfach nicht so, dass alle Kantone harmonisierte Finanzströme haben; deshalb wird die gesamte Steuerbemessung, respektive der gesamte Steuerfuss verglichen, was in den Statistiken, die der SR verwendet, auch der Fall ist. Wir sind Schaffhauser und kantonale Schaffhauser. Es macht deshalb aus meiner Sicht keinen Sinn, zu differenzieren und zu sagen, der Kanton sei schuld. Das Gesundheitswesen und der Spitalneubau sind kantonale Aufgaben, deshalb braucht der Kanton die Finanzen und wird voraussichtlich die Steuern erhöhen müssen.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich offensichtlich Blödsinn erzählt habe. Ich nehme die Prognose des Stadtrats, in der ein Defizit von rund CHF 4,9 Mio. ausgewiesen wird und beziehe mich auf die Tabelle mit dem Steuersoll, die Sie der GPK anlässlich der Elefantenrunde abgegeben haben. Dort wird per 30.11.2012 eine Zahl ausgewiesen, die CHF 10 Mio. unter dem Budget liegt. Ich frage mich, ob wir im Dezember tatsächlich noch mit so viel Einnahmen rechnen können, dass wir auf Ihre Zahlen kommen. Es würde mich sehr freuen, aber ich bezweifle sehr, dass es so eintreten wird. “

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, **EINTRETEN** ist beschlossen.

Laufende Rechnung

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest seitenweise die Laufende Rechnung mit folgenden Wortmeldungen:

Katrin Bernath (OeBS)**Votum**

Seite 20:

1202 Tourismus, Handel, Industrie, Gewerbe

365.908 Beiträge an diverse Verbände

”Ich stelle hier im Namen der OeBS/CVP/EVP-Fraktion den Antrag, das Budget um CHF 17'500.-- auf insgesamt CHF 87'500.-- zu erhöhen. Die genannten CHF 17'500.-- entsprechen dem Beitrag für den regionalen Naturpark Schaffhausen. In

der Begründung dieses Antrags möchte ich aufzeigen, warum der Beitrag im Budget behalten werden soll und weshalb er unter dem hier genannten Konto verbucht werden soll. Bei den bisherigen Diskussionen um den Naturpark hatte ich den Eindruck, dass nicht alle vom Gleichen sprechen. Deshalb ganz kurz: Was ist ein regionaler Naturpark? Dazu ein Zitat aus den entsprechenden Grundlagen des Bundes: *Ein regionaler Naturpark ist ein grösseres, teilweise besiedeltes ländliches Gebiet, das sich durch hohe Natur- und Landschaftswerte besonders auszeichnet. Er fördert eine nachhaltige Entwicklung der regionalen Wirtschaft.* So ein Naturpark ist ein Instrument, der Regionalentwicklung und der Wirtschaftsförderung. Dabei können in erster Linie diejenigen profitieren, die von der klassischen Wirtschaftsförderung mit internationalem Standortmarketing und der Ansiedlung neuer Firmen kaum etwas haben: Gewerbe, Landwirtschaft, Tourismus - und die Natur. Das Ziel ist es, die Wertschöpfung in der Region zu erhöhen und auch die Naturwerte (die so genannten Ökosystemleistungen) zu erhalten und besser in Wert zu setzen. Mit dem regionalen Naturpark besteht ein Instrument, einen Businessplan mit allen beteiligten Gruppen gemeinsam zu erstellen und auch umzusetzen. Der Naturpark bietet eine Plattform und ein Netzwerk für all jene, die sich aktiv für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Region einsetzen möchten. Das sind zum Beispiel diejenigen Landwirte, die gemeinsam in der landwirtschaftlichen Planung Ideen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft erarbeitet haben. Der Naturpark bietet die Unterstützung und auch finanzielle Mittel dafür, die in der landwirtschaftlichen Planung erarbeiteten Projekte zu realisieren.

Aus Zeitgründen verzichte ich darauf, weitere Chancen und Projekte aufzuzeigen. Ich möchte aber alle dazu einladen, sich damit zu befassen und auch eine gewisse Offenheit zu zeigen, damit erste Projekte umgesetzt und aufgezeigt werden kann, worum es beim regionalen Naturpark Schaffhausen geht. Schliesslich noch drei Punkte, warum es wichtig ist, dass gerade auch die Stadt Schaffhausen beim Aufbau des Naturparks dabei ist:

1. Es braucht 100km² Fläche, um überhaupt starten zu können. Falls diese Minimalfläche nicht erreicht wird, ist der Park definitiv gestorben; dann können die Gemeinden auch nicht mehr später dazu stossen.
2. Vom Bund und Kanton stehen bedeutende Mittel zur Verfügung, mit denen zahlreiche Projekte umgesetzt werden können. Stirbt der Park, entfallen diese Gelder dem ländlichen Raum.
3. Hemmental bildet den Kern des Parks. Dort würde mit verschiedenen Projekten Geld fliessen, z.B. für Forst und Landwirte. Die Stadt Schaffhausen würde sicherlich bedeutend mehr Projektgelder beziehen vom Park, als ihr Beitrag ausmacht.

Aus diesen und noch vielen weiteren Gründen erachten wir den Naturpark als grosse Chance für die regionale Entwicklung. Nutzen wir also diese Chance und beginnen ab nächstem Jahr damit, zahlreiche wichtige Projekte umzusetzen, die bereits in der Pipeline sind.

Deshalb beantragen wir, das Budget für Beiträge an diverse Verbände (unter 1202.365.908) um CHF 17'500.-- für den regionalen Naturpark Schaffhausen auf insgesamt CHF 87'500.-- zu erhöhen. Bei Zustimmung zu diesem Antrag würden wir natürlich dann bei Konto 6231.319.000 dem Antrag der GPK folgen und den Beitrag dort aus dem Budget streichen. “

Walter Hotz (parteilos)**Votum**

"Die Verwaltung hat sich sicherlich Überlegungen dazu gemacht, weshalb sie den Betrag der Mitgliedschaft unter Position 6231.319.000 eingestellt hat. Dieser kann natürlich auch jederzeit irgendwo anders verbucht werden.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"Diese Aufwendungen wurden bisher auf der Position 6231 Umweltschutz bei Urs Capaul verbucht. Es macht durchaus Sinn, wenn wir den Betrag von CHF 17'500.-- unter Berücksichtigung der Erläuterungen von Katrin Bernath unter der Position 1202 einstellen. Der GPK-Antrag war im Vorfeld der Budgetsitzung bereits bekannt. Der Stadtrat hätte ebenfalls für den von Katrin Bernath gestellten Antrag gekämpft. Wir stehen in der Pflicht gegenüber denjenigen, die sich über mehrere Jahre mit dem Projekt des Naturparks beschäftigen. Es erscheint richtig, dass sich der Grosse Stadtrat mit diesem Thema auseinandersetzt, wie dies auch verschiedene Gemeindeparlamente, beziehungsweise Gemeindeversammlungen getan haben. "

SR Peter Neukomm: Aus Sicht des Finanzreferats gibt es keinen triftigen Grund, die Umplatizierung zu verweigern. Es ist eine Definitionssache und kann auch unter dem Thema Wirtschaftsförderung abgehandelt werden. Von uns aus besteht also kein Einwand. "

Simon Stocker (AL)**Votum**

"Ich durfte mich in meiner Masterausbildung in der Stadt- und Regionalentwicklung intensiv mit dem Thema Naturpark auseinandersetzen, weshalb mir dieses Thema ein grosses persönliches Anliegen ist. Ich möchte an dieser Stelle die Argumente von Katrin Bernath nicht wiederholen, sondern auf die Motivation und den Sinn des Aufbaus eines Naturparks eingehen und danach den wichtigsten Argumenten der Gegnerschaft vorgreifen sowie diese richtig stellen. Initiiert wurde das Projekt des regionalen Naturparks vom Agglomerationsverein Schaffhausen. Analog zur Agglomerationspolitik des Bundes besteht nämlich eine Regionalparkpolitik, welche die Absicht hat, den ländlichen Raum zu stärken. Wie auch beim Agglomerationsverein, ist der Grundgedanke des Naturparks die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinweg. Klare Zielsetzung eines Naturparks ist dabei die Erhöhung der Wertschöpfung einer Region durch Innovation, das heisst: Neue Produkte oder Produktequalität, neue Produktionsmethoden, neue Absatzmärkte und Bezugsquellen oder durch eine Neuorganisation verbesserte Abläufe.

Als Ergänzung zum Agglomerationsverein wurde deshalb ein Naturpark initiiert, denn eine starke Stadt und eine starkre Agglomeration benötigt auch einen starken ländlichen Raum. Diese Weitsicht hatte der Agglomerationsverein. Zudem ist die Stadt Schaffhausen eine der ganz wenigen Kommunen in der Schweiz, die gleichzeitig im Perimeter der Agglomerations- wie auch der Regionalpolitik liegt. Wir könnten also in den doppelten Genuss von Bundesgeldern kommen. Zur Argumentation der Gegnerschaft: Diese behauptet, ein Naturpark bringe neue gesetzliche Einschränkungen für die Gemeinden und die Landwirtschaft. Das ist falsch:

- Die bestehenden Gesetze von Landwirtschaft, Raumplanung und Naturschutz bleiben auf kantonaler und kommunaler Ebene wie bis anhin bestehen und sind klar formuliert. Diese Gesetze sind der Parkverordnung übergeordnet.
- Die Trägerschaft des Naturparks ist ein Verein, der nicht die Kompetenzen hat, den Gemeinden und dem Kanton Einschränkungen aufzuerlegen und sich

weder auf der gesetzgeberischen noch auf der politischen Ebene zu engagieren.

- Die landwirtschaftliche Nutzung im Parkperimeter wird nicht eingeschränkt, da der Naturpark keine weiteren Schutzverordnungen mit sich bringt. Sie verwechseln das mit dem Naturschutzpark.

Mit diesem Geld leisten wir einen Beitrag zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung und damit zur Entwicklung des Kantons. Lassen wir doch das Projekt anlaufen und beurteilen wir dessen Erfolg in vier Jahren. Zahlreiche Beispiele in und um die Schweiz zeigen den Erfolg eines Naturparks auf. Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber. Lassen Sie uns doch die Chancen eines solchen Unterfangens sehen. “

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

”Es ist immer schön, wenn man von nicht lange in der Landwirtschaft tätigen Menschen erfährt, was man zu tun oder nicht zu tun hat. Wir in der Stadt Schaffhausen haben Landwirtschaftsgebiete, und zwar in der so genannten Landwirtschaftszone. Diese Zonen werden mit BLN-Gebiet (Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung) überlagert. Die Landwirtschaftszone wird nochmals überlagert von so genannten Landschaftsschutzzonen, das heisst zum Beispiel ein zusammenhängendes Landwirtschaftsgebiet von Gennersbrunn bis Dörflingen, das die Lunge der Stadt Schaffhausen bedeutet. Dieses Gebiet ist selbstverständlich nicht im Naturpark, weil es dazu - wie wir gehört haben - einen zusammenhängenden Perimeter braucht. Ein weiteres sehr schönes Gebiet, von dem die Stadt lebt, ist natürlich auch der Rhein, von Schaffhausen bis zum Untersee/Stein am Rhein, ein Gebiet, das ebenfalls nicht in den Regionalpark integriert ist. Wenn wir schon von einem regionalen Naturpark in Schaffhausen sprechen, müsste dieses Gebiet aber zwingend dazugehören.

Ich kann Ihnen noch meine Gründe darlegen, weshalb ich gegen den geplanten Naturpark bin: Ich arbeite seit 40 Jahren im Landwirtschaftsgebiet mit allen Gesetzgebungen, und das sind nicht wenige, die ich im Verlauf dieser Jahrzehnte über mich ergehen lassen musste. Darüber, Simon Stocker, könnte ich ein Buch verfassen, wie ein Kollege von dir (von der PdA) im Welschland unter dem Titel “Engerling”. Darin wird aufgezeigt, was Bauern von Leuten, die ihnen etwas aufoktroieren wollen, erdulden müssen. Ich kann Ihnen mit 100%iger Sicherheit voraussagen, dass die Landwirtschaft in diesem Naturpark Einschränkungen erleiden wird; wahrscheinlich nicht in den nächsten vier bis fünf Jahren, da stimme ich mit Simon Stocker überein, aber sicherlich in fünf bis zehn Jahren. Ich produziere für ein regionales Label und für regionale Programme. Meine Hühner gehen in die Region Ostschweiz “Aus der Region, für die Region”, ein guter Slogan. Diese Region wurde von unseren Grossverteilern geschaffen, sie geht vom Engadin bis in den Aargau, weil es gar nicht möglich ist, diese Regionen enger zu fassen und eine wirtschaftlich florierende Verarbeitung aufzubauen. Ich möchte an dieser Stelle der in Schaffhausen entstehenden Illusion Einhalt gebieten, Projekte wie eine Käserei oder gar eine Metzgerei (dann hätte die Stadt die Neue Fleisch AG übernehmen müssen, wobei die Führung eines Schlachthofes ein sehr schwieriges Unterfangen gewesen wäre) seien mit einem Naturpark wieder möglich. Es ist eine der grössten Illusionen, die ich in meinem Alter den Jungen weitergeben kann. Die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter unterliegt derart strengen Produktionsvorschriften, dass niemand in Schaffhausen in der Lage ist, dies professionell umzusetzen. Projekte wie ein Hofverkauf oder Agrotourismus sind möglich, dafür existieren bereits

Konzepte. Das Blauburgunderland lebt auch ohne diesen Naturpark. Deshalb bitte ich Sie, diesem Kredit aus Vernunft nicht zuzustimmen, obwohl ich die konzertierte Aktion durchschaut habe, wie man diesen im Rat durchboxen will. Es ist eigentlich schade, dass es Umwege braucht, und man nicht dort, wo die GPK das Kind beim Namen genannt hat, sprechen will. “

Christine Thommen (FDP)**Votum**

”Ich unterstütze den Antrag von Katrin Bernath, sie hat mir, wie schon bei der Diskussion um die Frauenquote, alle Sätze aus dem Mund genommen. Hier von Illusionen zu sprechen, erscheint mir sehr gewagt. Ich habe eine 20-seitige Liste vorliegen, was andere regionale Naturparks bereits an Projekten umgesetzt haben. Es ist sogar beim Naturpark Thal ein Schlachthof dabei; initiiert durch den Naturpark wurde ein regionaler Schlachthof erstellt und damit verbunden eine Vergrösserung der bestehenden Metzgerei, mehr Arbeitsplätze in der Region und eine Stärkung der regionalen Wirtschaft. Vieles ist möglich.

Ich schliesse mich auch dem Votum von Simon Stocker an, töten wir doch jetzt den Regionalpark nicht schon vor seiner Geburt. Wir müssen uns vor Augen halten, dass dies kein neues Projekt ist, sondern man ist schon seit 2009 tätig. Es fand zuerst eine Eignungsprüfung statt, inwiefern das Kantonsgebiet überhaupt für einen regionalen Naturpark geeignet ist; diese fiel positiv aus. Anschliessend erfolgte eine Machbarkeitsstudie, ebenfalls mit positivem Resultat, und der Managementplan entstand sowie die neue Trägerschaft wurde breit abgestützt geschaffen. Zitat von Nora Winzeler vom Schaffhauser Bauernverband, die den Regionalpark unterstützt: "Ein regionaler Naturpark bietet die Chance, neue Produkte für die Schaffhauser Landwirtschaft zu erschliessen. Dabei gilt es zu beachten, dass der Naturpark mit der zukünftigen Strategie der Schaffhauser Landwirtschaft im Einklang ist".

Ich möchte beliebt machen, dass wir die Position 1202 verschieben, damit das Projekt vom Label Naturschutzpark und Umweltschutz wekommt und als regionalwirtschaftliches Förderprogramm für ländliche Gebiete, wie von Katrin Bernath beantragt, im Budget 2013 erscheint. “

Die Ratsdebatte wird um 18 Uhr für eine Stunde unterbrochen.

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

Beantragt Abbruch der Diskussion und stellt - falls dieser Antrag vom Rat angenommen wird - ein Ja der SVP-Fraktion zum von Katrin Bernath gestellten Antrag in Aussicht.

Abstimmung Ordnungsantrag:

Der Grosse Stadtrat heisst den Abbruch der Diskussion mit 22:5 Stimmen gut.

Abstimmung Antrag Bernath

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag mit 22:12 Stimmen gut.

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum****Seite 24:****2200 Museum zu Allerheiligen****301.014 Löhne temporäre Mitarbeitende**

"Ich werde keinen Antrag stellen, sondern nur eine Frage: Dort wurden gemäss GPK-Anträgen CHF 50'000.-- gestrichen, im Kommentar lesen wir, dass es sich um eine Verstärkung der temporären Mitarbeitenden im Hinblick auf die grossen Ausstellungsprojekte handelt. Auf der Einnahmenseite ist ersichtlich, dass man Mehreinnahmen generieren will. Meine Frage lautet nun: Wie wirkt sich diese Kürzung aus, sind allenfalls die Mehreinnahmen gefährdet oder muss das Personal Extraeinsätze leisten? "

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"Ich habe heute nochmals mit dem Direktor des Museums gesprochen und von ihm gehört, dass das Budget 2013 in allen Positionen in Ordnung ist und bezüglich der von Iren Eichenberger gestellten Fragen sowie bezüglich der Museumspädagogik keine negativen Auswirkungen hat. "

Urs Tanner (SP)**Votum****Seite 26:****2200 Museum zu Allerheiligen****434.200 Einnahmen Eintritte**

"Bevor wir uns den Schildbürgerstreich einer massiven Erhöhung leisten, erlauben Sie mir einige Bemerkungen: Regulär erhöhen wir die Eintrittspreise von CHF 9.-- auf CHF 12.--, das sind 30%; ermässigte Eintritte kosten anstatt CHF 5.-- neu CHF 9.--, was quasi eine Verdoppelung ist. Die Pressemitteilung dazu ist "hanebüchern", ganz nach dem Motto: Wir sind zu billig, die anderen sind teurer, also erhöhen wir um 30% beziehungsweise 90%. Zitat Pressemitteilung: *Gemessen am Angebot ist im Vergleich mit anderen Schweizer Museen der bisherige Eintrittspreis mit CHF 9.-- und CHF 5.-- (mit Ermässigung) sehr niedrig. Im Rechnungsjahr 2011 brachten die Einnahmen aus Eintritten nur gerade CHF 73'114.--, was 2% des Gesamtaufwandes entspricht.* Also budgetieren wir jetzt mit dem Budget 2013 eine Viertelmillion, was das Dreifache der Eintritte aus dem Jahr 2011 bedeutet. Das ist Zauberei, die ich nicht nachvollziehen kann. Schaffhausen macht einen Wettbewerb "Werde Schaffhauser Botschafter". Ich will diese Kampagne nicht schlecht reden, aber unser Museum ist schon Botschafter, wir benötigen keine Wettbewerbe. Die Preise massiv erhöhen passt nicht zum "Kleinen Paradies". Es ging ja bis vor einigen Jahren auch gratis, das Museum hat nichts gekostet. Die Einnahmen sind derart lächerlich, dass man aus guten Gründen darauf verzichten kann. Eine willkürliche hypothetische Zahl von CHF 250'000.-- kann ich nicht nachvollziehen.

Ich mache im Namen der SP/AL-Fraktion beliebt: Gratiseintritt und Kürzung dieses Ertrags auf CHF 0.--, Im Wettbewerb der Museen darf man den Vorteil "Gratis in ein Champions-Museum" als Wettbewerbsvorteil nicht unterschätzen. Entscheiden Sie selbst, ob Sie dem permanenten Sparteufel nachjagen oder ein Top-Museum als Gratiskulturangebot, als Wettbewerbsvorteil und Service public-Aufgabe ansehen. Wir sehen dies auf jeden Fall so. "

Edgar Zehnder (SVP)

"Ich mache beliebt, auf diesen Antrag von Urs Tanner nicht einzutreten. Es gibt diverse Institutionen, auch am Bodensee, die Gutscheine-Büchlein mit verschiedenen

20%- und 30%-Gutscheinen führen und darin Werbung für unser Museum machen. Wenn wir heute den Gratis Eintritt ins Museum beschliessen, werden wir aus solchen Gutschein-Büchlein gestrichen und noch weniger Besucher kommen in unser Museum nach Schaffhausen. “

Stadtpräsident Thomas Feurer:

”Ich habe ein gewisses Verständnis für den Antrag der SP/AL-Fraktion: Gratis ist schön. Es ist tatsächlich so, dass der eingenommene Betrag lächerlich ist oder so erscheinen mag. Aber es gibt auch auswertige Besucherinnen und Besucher, die zum Beispiel unsere heutige Sonderausstellung Hodler, Dix und Vallotton ansehen, und sich wundern, wie billig der Museumseintritt ist. Wir gehen davon aus, dass wir die Besucherzahl im Museum wesentlich erhöhen können; wir haben jetzt schon steigende Besucherzahlen, dank der Tatsache, dass das Museum wieder als Ganzes zur Verfügung steht und die Ressourcen für besondere Ausstellungen eingesetzt werden können. Wir hatten Zeiten, wo 90'000 Besucher für eine einzige Ausstellung kamen (1991: Ausstellung Peru). Auch schon damals, als das Museum noch gratis war, wurden für Sonderausstellungen Eintritte erhoben. Dies ist normal und hat damit zu tun, was Edgar Zehnder sagte. Verlangen wir nichts, sind wir nicht mehr im Museumspass enthalten, und unser Angebot ist nichts wert. Gleiches gilt für den Museumsverein, den Kunstverein, den historischen Verein und die naturforschende Gesellschaft, die ihren Mitgliedern Eintritte ins Museum zu Vorzugskonditionen oder gratis anbieten können, und damit wird auch die Mitgliedschaft der genannten Vereine aufgewertet. Wir sind überzeugt, dass das Museum wesentlich mehr verdient, jetzt auch wesentlich mehr angeboten wird und wunderbare Sonderausstellungen gemacht werden können, deren Eintrittspreis immer noch günstiger als ein einziges Kinoticket ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Wert, den wir dem Museum beimessen, auch bezüglich Eintrittspreise gebührend zu honorieren. “

Der **Ratspräsident** weist in diesem Zusammenhang auf den GPK-Antrag auf Erhöhung des Betrags auf insgesamt CHF 345'000.-- hin.

Urs Tanner (SP) passt seinen Antrag entsprechend an: Streichung der Gesamtposition von CHF 345'000.-- auf Null.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 23:7 Stimmen ab.

Georg Merz (OeBS)

Votum

Seite 52:

3301 Personalentwicklung

309.001 Personalentwicklung

”Es handelt sich hier um Mehrausgaben für die Umsetzung “Prozess Verbesserung Verwaltungsführung gemäss SR-Klausur vom 15.09.2011. In der Rechnung 2011 lautete der Betrag auf CHF 183'000.--, in der Rechnung 2010 waren es CHF 144'000.--. Mein Antrag lautet: Diese Position ist wieder auf CHF 185'000.-- zu reduzieren. Für die Mitarbeiter der Stadt stellen wir eine Million für höhere Löhne zur Verfügung. Ich bin der Meinung, es sei zu verantworten, wenn sich der neue Stadtrat nicht mehr an den Beschluss der Klausurtagung des alten Stadtrats hält. “

SR Peter Neukomm:

”Bitte belassen Sie diesen Betrag. Wie Sie richtig gesehen haben, geht es um ein

Projekt, das Prozesse/Verwaltungsführung verbessern soll und somit etwas generiert, nämlich Minderkosten. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag nicht. Es ist ein wichtiges Projekt, das anlässlich der Klausurtagung entstanden ist. Nur weil jetzt zwei neue Stadträte im Gremium sind, heisst das noch lange nicht, dass das gesetzte Ziel zur Prozessverbesserung innerhalb der Verwaltung hinfällig geworden sind. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 17:16 Stimmen ab.

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

Seite 52:

3302 Leistungen für Pensionierte**307.001 Teuerungszulage an Rentenbezüger**

”Dieser Betrag ist für eine Teuerung eingesetzt, die vor 2009 aufgelaufen ist. Es ist klar, dass diese Teuerung nicht alle Einkommen gleich trifft. Ich stelle deshalb den Antrag, dass diese Teuerungszulage nur an Rentner ausbezahlt wird, die vor 2009 in Rente gingen und deren Rente maximal CHF 40'000.-- p.a. beträgt. Zusammen mit der AHV-Rente kommen diese Rentner auf ein Jahreseinkommen von über CHF 70'000.--. Wir sind nicht bereit, für solche Einkommen aus einer leeren Staatskasse Geld auszugeben. Weder der Kanton noch die Pensionskasse zahlen in diesem Jahr Teuerungen an Rentner aus. Ich wäre bereit, für die untersten Pensionskasseneinkommen einen Sockelbeitrag für die vor 2009 aufgelaufene, nicht ausgeglichene Teuerung zu entrichten. Diese müsste allerdings nach oben begrenzt werden, das heisst nur für Renteneinkommen unter CHF 40'000.-- p.a. Rainer Schmidig hat mir versichert, dass die meisten Renten unter CHF 40'000.-- pro Jahr liegen. Einzig die Renten von ehemaligen Chefbeamten, die bereits während ihrer Arbeitszeit einen guten Lohn hatten, beziehen höhere Renten. In diesem Sinn möchte ich an Ihr staatspolitisches Gewissen, vor allem aber an Ihr soziales Verständnis appellieren, nicht aus leeren Kassen im Giesskannenprinzip Geld zu verteilen. Der Betrag müsste im Budget um rund CHF 30'000.-- gekürzt werden. Ich bin überzeugt, dass wir damit von bürgerlicher Seite einen Antrag stellen, der eigentlich von der AL kommen müsste. Sie wollen die Staatskassen mit den obersten Einkommen füllen und die untersten Einkommen entlasten. In der Folge ist es nur logisch, dass mein Antrag genau dieses Ziel verfolgt, einfach in einem anderen Sinn; wir geben den unteren Pensionskasseneinkommen etwas, aber ohne den oberen etwas wegzunehmen.

Ich stelle deshalb folgenden Antrag: Die Teuerungszulage sollen nur diejenigen Rentner beziehen, die vor 2009 in Rente gingen und deren volle Jahresrente kleiner als CHF 40'000.-- pro Jahr ist. Die Position 3302.307.001 ist um rund CHF 30'000.-- zu kürzen. Ich hoffe, Sie unterstützen diesen Antrag, denn er ist in Ihrem Sinne, obwohl er von unserer Seite kommt. “

SR Peter Neukomm:

”Ich beantrage Ihnen, beim budgetierten Betrag zu bleiben, und würde es begrüßen, wenn Sie in Zukunft solche Anträge vorzeitig ankündigen, damit wir die genannten Beträge validieren können. Dies ist zurzeit aus dem Stegreif gar nicht möglich. Ich kann Ihre Berechnungen nicht nachvollziehen und weiss auch nicht, wie Sie auf den genannten Betrag kommen. Ein Budgetantrag muss bezifferbar, konkret und klar formuliert sein. Daher wiederhole ich meine Bitte an Sie, in Zukunft solche Anträge vorher einzureichen, damit die Verwaltung diese sorgfältig prüfen kann. “

Simon Stocker (AL):

"Machen wir es wie beim Naturpark; lassen Sie uns sehen, wie geschlossen wir dann stimmen. Wir stimmen unter der Bedingung zu, dass die SVP geschlossen für die Reichtumssteuer stimmt, die in die gleiche Stossrichtung geht. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag mit 17:16 Stimmen gut.

Peter Möller (SP)**Votum**

Seite 70:

4220 Parkgebühren

301.000, 303.000, 311.203, 314.025, 380.019, 390.018, 434.016 und 434.034

Investitionsrechnung Seite 166:**63100 Strassen**

501.650 und 501.659

"Ich spreche zum Parkplatzkonzept Breite, das von der GPK mit Mehrheit aus dem Budget 2013 gestrichen und für das eine separate Vorlage gefordert wurde. Ich stelle den Antrag, diese Positionen wieder, wie ursprünglich, ins Budget aufzunehmen. Kurz zur Begründung: Der Erlass eines Parkplatzkonzeptes ist eine klare Exekutivaufgabe und fällt damit in die Zuständigkeit des Stadtrates. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen wurde das Parkplatzkonzept im Amtsblatt Nr. 48 vom 30. November 2012 veröffentlicht und Betroffene haben Gelegenheit, gegen dieses Konzept bis am 20. Dezember 2012 Einsprache zu erheben. Die Breite mit ihrer Vorreiterrolle - aber auch andere Quartiere - wartet schon länger auf eine Lösung ihres Parkierungsproblems. Verzögern wir diese mit der Forderung nach einer separaten Vorlage nicht noch mehr und bewilligen der Verwaltung die notwendigen Mittel, um das Parkplatzkonzept Breite auch optimal umzusetzen. Wer dem Parkplatzkonzept ablehnend gegenübersteht, sollte jetzt nicht über das Budget auf Verzögerung spielen, sondern Farbe bekennen und Einsprache gegen die veröffentlichten Verkehrsanordnungen auf der Breite erheben. Daran vermag auch das heute eingereichte Verhinderungspostulat der SVP/EDU-Fraktion nichts zu ändern. Es geht darum, in diesem wichtigen Entwicklungsgebiet vorwärts zu machen; ich hoffe, dass Sie meinen Antrag unterstützen. "

Hermann Schlatter (SVP):

"In der GPK haben wir das Thema diskutiert und eine separate Vorlage gewünscht. Zur Begründung wie folgt: Es gibt im Zusammenhang mit dem Schulhausneubau auf der Breite noch einige offene Fragen und einige Breitaner wissen nicht genau, was das Parkplatzkonzept konkret bedeutet. Nach 2013 sind zwei neue Stadträte einerseits für die Polizei und andererseits für den Bau zuständig. Wir begrüßen eine separate Vorlage, damit nächstes Jahr darüber im Parlament diskutiert werden kann. Das Parkplatzkonzept Breite betrifft auch gewisse Positionen in der Investitionsrechnung, weshalb die GPK der Meinung war, eine Separatvorlage zum Gesamtthema wäre angebracht. Es muss mit allen Beteiligten erneut diskutiert und verhandelt werden. Dies ist eine Zusammenfassung der Diskussionen in der GPK. "

SR Jeanette Storrer:

"Peter Möller hat richtig dargelegt, dass es sich bei den Kosten für die Zonenmarkierung, die Signalisation und die Ticketautomaten (Positionen, die mit der Ziffer 4 beginnen) um unmittelbar gebundene Kosten handelt. Der im diesem Zusammenhang stehende Entscheid, ob und welcher öffentliche Grund zur Verkehrsregelung und Lenkung bewirtschaftet werden soll, wie auch der Entscheid,

eine Parkkartenzone zu schaffen, fällt in die Kompetenz des Stadtrats. Dies wird auch in anderen Gemeinden und Städten gleich gehandhabt. Das Konzept könnte auch ohne die Gestaltungskosten (Positionen in der Investitionsrechnung, unter 63100) und ohne die vorgesehene Bewirtschaftung der übrigen Parkierungsanlagen auf öffentlichem Grund realisiert werden, das heisst nur eine weisse Zone ohne gleichzeitige Einführung einer Bewirtschaftung der genannten Parkierungsanlagen. Dies hätte allerdings eine Verlagerung auf andere Parkplätze zur Folge, was voraussichtlich später zu flankierenden Massnahmen führen würde. Daher hat der Stadtrat die gesamte Thematik unter einem Parkierungskonzept vorgesehen und entsprechend beschlossen. Die Ausschreibung betrifft nicht das ganze Konzept, sondern nur den Teil, der signalisiert werden muss. Es handelt sich um die Teilbereiche Parkverbot (Spielweg bis Sonnenburggutstrasse) und weisse Zone. Die Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes muss ebenfalls ausgeschrieben werden. “

Hermann Schlatter (SVP):

”Es ist noch etwas Wichtiges untergegangen. Wir kamen auch in der GPK zum Schluss, dass mit den Investitionen von rund CHF 550'000.-- die Limite von CHF 700'000.-- überschritten wird und - sofern dieser Antrag gestellt würde - sämtliche Beträge unter Berücksichtigung der Thematik Einheit der Materie zusammengefasst und in der Investitionsrechnung ausgewiesen werden müssten. Meiner Ansicht nach gehören besagte Parkplätze zum Parkplatzkonzept und somit in die Investitionsrechnung. Der Vertreter der FIKO an der GPK-Sitzung hat die GPK in ihrer Meinung bestätigt. Ich möchte deshalb nochmals hören, wie die Verwaltung die Problematik aus finanztechnischer Seite beurteilt. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

”Erlauben Sie mir eine Ergänzung zum Votum von SR Jeanette Storrer. Der diskutierte Punkt liegt in der Kompetenz des Stadtrats, aber das Parlament spricht die Gelder. Der Stadtrat stellt das Personal auch in eigener Kompetenz ein, aber das Parlament spricht die Lohnsumme. Zum Thema Einheit der Materie: In der GPK wurde uns klar gesagt, dass Investitionen über CHF 100'000.-- in die Investitionsrechnung gehören. Die Ticketautomaten von CHF 165'000.-- gehören demzufolge in die Investitionsrechnung, die daraus entstehenden Folgekosten ebenfalls. Die allenfalls greifende fakultative Referendumspflicht darf nicht umgangen werden. “

SR Peter Kämpfer:

”Ich schliesse mich den Ausführungen von SR Jeanette Storrer an. Die Zahlen des stadrätlichen Antrags beliefen sich auf insgesamt CHF 915'000.-- Investitionskosten für das Parkierungskonzept Breite; davon entfällt rund eine halbe Million auf die Neugestaltung des Bereiches KSS, Dreifachturnhalle und Sperrung Spielweg. Dieser Teil ist *nicht* zwingend mit dem Parkierungskonzept Breite verbunden. Der Stadtrat hat sich überlegt, dass er KSS-Kunden, welche die genaue Aufenthaltsdauer bei ihrer Ankunft noch nicht wissen, ungern zwingen möchte, sich wegen der Ticketautomaten von Anfang für eine bestimmte Aufenthaltsdauer entscheiden zu müssen. Um möglichst viel Entscheidungsfreiheit zu ermöglichen und die Parkgebühren erst bei der Wegfahrt bezahlen zu müssen, sind Schranken und eine Aufhebung des Spielwegs nötig, und dies gäbe auch die Möglichkeit der neuen Gesamtgestaltung des gesamten Bereiches, wie anlässlich der Zukunftswerkstatt gefordert und im Projekt PASS berücksichtigt wurde. Es handelt sich hierbei um rund eine halbe Million Franken. Diese Investition kann ohnehin getätigt werden, und zwar *unabhängig* vom Parkierungskonzept Breite. Selbstverständlich können auch günstigere Ticketautomaten in Betracht gezogen werden. Ohne diese Neugestaltung

beliefe sich das Parkierungskonzept Breite auf insgesamt CHF 360'000.--, die zwingend mit dem Parkierungskonzept in Zusammenhang stehen und unter dem Referendumsbereich liegen. Die Vorlage wurde vor dem Hintergrund einer Diskussion zu den soeben erwähnten Möglichkeiten erarbeitet, das heisst mit oder ohne KSS. Hauptpunkt der Vorlage sind die *Investitionen* in Zusammenhang mit dem Parkierungskonzept. Es wird keine Vorlage zum Parkierungskonzept als solches geben; dieses ist - wie bereits erwähnt - vom Stadtrat entschieden worden, und zwar nicht einfach aus dem "hohlen Bauch" heraus, sondern nach langen und intensiven Diskussionen mit der Quartierbevölkerung, auf die wir auch in anderen Projekten grosse Rücksicht nehmen. Warum Sie ausgerechnet hier nicht auf die Quartierbevölkerung hören wollen, müssen Sie mir nachher noch erklären. "

Edgar Zehnder (SVP):

"Ich weiss, dass das Postulat, das ich heute Abend im Namen der SVP/EDU-Fraktion einreichte, reichlich spät kommt. Es ist aber jetzt der falsche Zeitpunkt, um darüber zu diskutieren, zumal die meisten von Ihnen den Inhalt nicht kennen. Als Breitianer, aber auch als Grossstadtrat, der in letzter Zeit sehr viele Anfragen von Privatpersonen und von Verbänden erhalten hat, wäre ich dankbar, wenn wir ehrlich sein könnten und anerkennen, dass sich ein Grossteil der Bevölkerung auf der Breite gegen das Parkierungskonzept stellt, und dies ist unabhängig vom Kompetenzbereich, den verschiedenen Varianten und der daraus resultierenden Investitionshöhe. Auch im Namen der Wohnraumentwicklung, an der mir sehr viel liegt, bitte ich den Rat, abzuwarten und zu prüfen, ob es nicht doch eine bessere Lösung gibt. Das ganze Konzept hört bei der Holenbaumstrasse auf, was bedeutet, dass sich die Leute irgendwo einen Grasparkplatz suchen werden, und zwar bereits an der Breitenaustrasse in der Nähe der Post. Diese Gefahr wird umso grösser mit dem Vorhaben, ein relativ kleines Gebiet mit Parkgebühren "abzuschliessen". Ich glaube nicht an diese Lösung des Problems, auf das wir in wenigen Jahren zurückkommen müssen, obwohl wir CHF 900'000.-- investiert haben. Ich bitte Sie auch im Hinblick des sich auf dem Weg befindenden Postulats, sich genügend Zeit zu nehmen, heute nicht den falschen Entscheid zu fällen und eine derart grosse Summe nicht zu sprechen. "

Rainer Schmidig (EVP):

"Ich stehe als Breitianer vor Ihnen und möchte einige klärende Wort verlieren: In der GPK waren wir uns einig, dass das Thema *Investitionen* zur Debatte steht, nämlich, ob jetzt wirklich an zwei verschiedenen Orten Barrieren gebaut werden sollen, wenn vielleicht nach dem Bau des Breite Schulhauses eingangs und ausgangs des Spielwegs solche errichtet und damit mindestens die Hälfte der Investitionen gespart werden können. Das Konzept als solches war unbestritten; es ging einzig und allein darum, ob die gesamte Investition jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt getätigt werden soll. Zur Klärung des Sachverhalts wäre eine Vorlage sinnvoll, die mit Ruhe und genügend Details zur Diskussion gestellt werden könnte. "

SR Peter Neukomm:

"SR Peter Kämpfer hat das Wesentliche gesagt. Es gibt kein fakultatives Referendum, die Neugestaltung/Bewirtschaftung des KSS-Parkplatzes ist ein separates Geschäft. Es wurde nur jetzt in die Diskussion eingeworfen, weil man daran ist, das Parkierungskonzept zu realisieren. Dieses Konzept ist eine separate Angelegenheit; der SR wehrt sich aber nicht dagegen, die Investitionen im Rahmen einer Vorlage zu prüfen. Das Parkierungskonzept als solches ist jedoch als beschlossen zu betrachten. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst die GPK-Anträge mit 23:9 Stimmen gut. Somit stehen sämtliche Positionen, die im Budget mit dem Kommentar "Parkierungskonzept" verbunden sind, nicht zur Diskussion.

Katrin Huber Ott (SP)**Votum****Seite 74:****5100 Schulamt und Stadtschulrat****309.010 Weiterbildung Stadtschulrat**

"Die GPK stellt Antrag auf Streichung des Betrages von CHF 10'000.--. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir haben die Abstimmung für die Schulleitungen verloren und sind jetzt daran, mit der Vorlage Vorsteher+ unsere Strukturen bestmöglichst anzupassen. Dabei möchten wir die Vorsteher mit einbeziehen und die Möglichkeit haben, externe Referenten einzuladen und Weiterbildungen anbieten zu können. Ich bitte um Ihre Unterstützung. "

SR Urs Hunziker:

"Ich war erstaunt, dass die GPK diesen Betrag gekürzt hat. Gerade aus den Reihen des Rats kamen kritische Stimmen zum Stadtschulrat. Deshalb wäre es angebracht, wenn der Stadtschulrat entsprechende Begleitung und Beratung in einem schwierigen Prozess erhält. Ich bitte Sie, den Antrag von Katrin Huber Ott zu unterstützen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

"In der GPK haben wir aufgrund des Votums des Schulreferenten den Betrag um CHF 10'000.-- gekürzt, weil er sagte, dies sei nicht unbedingt nötig. Rainer Schmidig bestätigt dies mit seinem Kopfnicken. Ich mache beliebt, am GPK-Antrag festzuhalten. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den GPK-Antrag mit 18:11 Stimmen gut.

Georg Merz (OeBS)**Votum****Seite 76:****5110 Schulen****311.000 Anschaffung Informatik**

"Für jedes Schulzimmer der Stadt Schaffhausen wurde vor wenigen Jahren ein Computer angeschafft. Jedoch, kurz vor der Erreichung des Ziels, wurde die Beschaffung abgebrochen, möglicherweise, weil das bewilligte Budget ausgeschöpft war. So sind auch heute noch alle Schulzimmer für textiles Werken (vom textilen Werken stammen die teilweise auf den Pulten aufliegenden Filzverzierungen für Rechaudkerzen) ohne Computer und Internetanschluss, obwohl das den Schülern abgegebene Lehrmittel einen Computer voraussetzt. Ich stelle daher den Antrag, die Position 311.000 auf CHF 50'000.-- zu erhöhen. Die Ausstattung von 12 Schulzimmern für textiles Werken mit Computern ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Gesuche der Lehrpersonen können nur bewilligt werden, wenn wir hier die finanziellen Mittel dafür sprechen. Dieser Betrag ist eine Investition in unsere Kinder, die - wie allgemein bekannt - unsere Zukunft sind. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu diesem Antrag und werde später bei der Denkmalpflege einen Sparantrag in doppelter Höhe stellen. "

SR Urs Hunziker:

"Georg Merz scheint schlecht informiert zu sein, was an den Schulen an Informatikmitteln verfügbar ist. Wir richten uns mit unserem Informatikkonzept nach den Empfehlungen des Erziehungsdepartements: Vorgesehen ist, sämtliche Klassenzimmer mit 2-3 Computern auszurüsten oder alternativ Informatikschulungsräume einzurichten. Wir kennen in der Stadt Schaffhausen beides; wir haben in einem ersten Schritt sämtliche Klassenzimmer mit 3 Computern ausgerüstet, bei der Zweitausrüstung haben wir an den Orientierungsschulen, teilweise auch an den gemischten Schulen, Informatikräume eingerichtet. Wir sind also sehr gut ausgerüstet, mit Ausnahme der jetzt noch zu ersetzenden Computer an den Primarschulen. Es ist mir bekannt, dass es ein alter Wunsch der Lehrerinnen für textiles Werken ist, dass auch sie in ihren Textilwerkzimmern Computer haben. Ebenfalls ist mir bekannt, dass die Lehrpersonen von naturwissenschaftlichen Fächern, die Hauswirtschaftslehrerinnen und die Lehrer für Zeichnen gerne gut ausgerüstet wären. Wenn wir diesen Wünschen entsprechen wollen, müssen wir schätzungsweise CHF 200'000.-- bis CHF 300'000.-- investieren. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es mit gutem Willen und Organisationstalent machbar ist, dass auch die Lehrerinnen für textiles Werken - zu denen die Frau von Georg Merz gehört - zu einem computerausgerüsteten Zimmer Zugang haben. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 17:1 Stimmen ab.

Christa Flückiger (SP)**Votum**

Seite 110:

6001 Sport**365.309 Sportcamp für übergewichtige Kinder, Anteil Stadt**

"Die SP/AL-Fraktion stellt Ihnen - entgegen dem GPK-Antrag - den Antrag, den Betrag von CHF 2'000.-- stehen zu lassen und aufgrund der folgenden Begründung die vom Stadtrat budgetierte Anteilsumme gut zu heissen. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich, Fachstelle Sport, kann sich der Kanton Schaffhausen dem Sportcamp für übergewichtige Kinder anschliessen. Kinder aus dem Kanton Schaffhausen sind mit gewissen Voraussetzungen berechtigt, am Camp teilzunehmen. Es wird ausschliesslich vom Kanton finanziert, die Stadt leistet einen Beitrag an die Lagerkosten, sofern die Familien der teilnehmenden Kinder nicht in der Lage sind, für die Kosten aufzukommen. Das heisst, dass das Geld nur in Notsituationen vergeben wird. Nachdem letztes Jahr das Lager mangels Teilnehmende abgesagt werden musste, haben dieses Jahr 6 Kinder (3 aus dem Kanton, 3 aus der Stadt) teilgenommen. Das Lager soll 2013 wieder durchgeführt werden, der Stadtrat möchte dafür einen Beitrag einsetzen. Wir sprechen hier von CHF 2'000.--, und zwar im Wissen darum, dass in der Schweiz jeder 5. Primarschüler an Adipositas leidet. Weil auch gewisse Rahmenbedingungen den Teilnehmenden auferlegt werden, können wir sehr gut dieses Geld sprechen. So muss die Bereitschaft zur Veränderung des Bewegungs- und Ernährungsverhaltens vorhanden sein, die Teilnahme der Eltern an den Vor- und Nachgesprächen sowie am Familienevent ist obligatorisch. Durch die Sportlager werden möglichst viele Kinder und Jugendliche mit Übergewicht zu einer nachhaltigen Steigerung der sportlichen Aktivität und zu einem gesunden Körpergewicht animiert. Für die Organisation ist ein Leitfaden für qualitativ gute und zielgruppengerichtete Sportlager mit übergewichtigen Kindern und Jugendlichen erarbeitet worden. Wir wissen, dass übergewichtige Kinder und Jugendliche oft auch im Erwachsenenalter an Übergewicht leiden, und alle kennen die Folgen von gesundheitlichen Auswirkungen

bei Fettleibigkeit. Wenn wir an unser Gesundheitswesen und seine Kosten denken, sollte dieser Budgetposten eigentlich gar nicht in Frage gestellt werden. Die SP/AL-Fraktion beantragt Ihnen, diese Position im Budget stehen zu lassen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 17:16 Stimmen ab.

Martin Egger (FDP)

Votum

Seite 116:

6210 Stadtentwicklung

301.000 Besoldungen

318.501 Aufträge an Dritte

**361.011 Denkmalpflege Schaffhausen, Beitrag Stadt gemäss
Leistungsvereinbarung**

301.000 Besoldungen:

”Hier handelt es sich um eine Budgeterhöhung von CHF 40'300.-- gegenüber dem Budget 2012, mit der Begründung, dass eine Stelle für den Masterplan Rheinufer geschaffen wurde. Wir beantragen, diese Position auf den Budgetwert von 2012 zu kürzen. Begründung: Nach dem klaren Nein zum Ausbau der Rheinbadi wollen eine Mehrheit der FDP-Fraktion wie auch die Mitglieder der Begleitgruppe Planung Rheinufer keine zusätzlichen Planungsarbeiten; deshalb beantragen wir eine Reduktion der Position um CHF 40'300.--. Dies entspricht dem Budgetwert aus dem Jahr 2012.

Urs Tanner (SP):

”Ich bitte Sie an dieser Stelle nochmals um Kenntnisnahme des Masterplans Rheinufer. Wir diskutieren heute Abend nicht über die Rhybadi, die Ablehnung war eine grosse Niederlage. Wenn Sie jetzt aber sagen, der Kammgarnhof und die Gestaltung der Rheinuferstrasse sei ebenfalls abgelehnt worden, dann ist reines Lesen von Kaffeesatz. Ich bitte Sie, beim budgetierten Betrag zu bleiben. Wenn Sie wirklich jetzt schon die Ohren bei einem bisschen Gegenwind einziehen wollen, so fände ich dies sehr schwach und würde eine fast 10jährige Arbeit zunichtemachen. “

SR Peter Käppler:

”Der Antrag von Martin Egger zielt auf die Senkung der Lohnkosten der zusätzlich auf zwei Jahre befristeten Stelle zur Verstärkung der Projektleitung der Stadtentwicklung. Vor einem Jahr wurde diese Stelle genehmigt, um den Stadtökologen zu entlasten. Damals wurde argumentiert, dass aufgrund der konjunkturellen Entwicklung eine sehr starke Belastung entstand, die mit der Schaffung dieser Stelle gelindert werden soll. Die auf zwei Jahre befristete Stelle wurde damals vom SR mit der GPK vereinbart und in der Person von Frau Brand eine geeignete Bewerberin rekrutiert. Wir können jetzt nicht einfach eine Lohnkürzung von CHF 40'300.-- vornehmen. Zudem ist Frau Brand nicht nur im Bereich Masterplan Rheinufer tätig, sondern übernimmt weitere Aufgaben im Zusammenhang mit privaten Planungen. Ihre Arbeitskraft ist unbedingt notwendig. Der SR hat sich an die damals vereinbarten Auflagen gehalten, im nächsten Budget wird der Betrag logischerweise entsprechend reduziert. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 20:9 Stimmen ab.

Martin Egger (FDP)**318.501 Aufträge an Dritte:**

"Hier wurde mir von der GPK gesagt, dass es sich um einen Gesamtbetrag von CHF 125'000.-- handle und nicht, wie im Kommentar vermerkt, um CHF 145'000.--. Trotzdem steht im Kommentar, dass CHF 60'000.-- für die Erstellung eines Beleuchtungskonzepts für die Altstadt eingestellt sind. Nach Ansicht der FDP-Fraktion sind die Kosten in Zusammenarbeit mit einem ausgewiesenen Lichtplaner sehr hoch, insbesondere, weil dieses Konzept gemäss Auskunft der GPK mit den städtischen Werken und dem Hochbauamt erarbeitet werden kann. Nachdem bei der gelungenen Gestaltung des Freien Platzes bewiesen wurde, dass die Mitarbeitenden der Stadt über ausreichend konzeptionelle und gestalterische Fähigkeiten verfügen, beantragen wir den Verzicht eines Beizugs des ausgewiesenen Lichtplaners und damit die Streichung von CHF 60'000.--. "

SR Peter Käppler:

"Im Kommentar hat sich ein Fehler eingeschlichen, der Stadtrat hat diese Position überprüft und den Betrag auf CHF 40'000.-- reduziert; allerdings wurde der Kommentar nicht entsprechend angepasst. Die Erarbeitung eines Beleuchtungskonzepts Altstadt wurde vom SR in Auftrag gegeben und wird von der Abteilung Stadtplanung in Zusammenarbeit mit der AG Licht gemacht. In der AG Licht wirken auch Leute aus den städtischen Werken und der Abteilung Ökologie mit. Erste Konzeptansätze wurden anlässlich einer Begehung bereits präsentiert. Notwendig wird aus Sicht des SR ein Beleuchtungskonzept in der Altstadt aus verschiedenen Gründen: Das veraltete Lampensystem soll ersetzt werden, weil es für die quadratischen Lampen auch keine Ersatzteile mehr gibt und diese nicht ins Stadtbild passen. Ausserdem sollen energiesparende Leuchtmittel eingesetzt werden und in kleineren Gassen muss für eine verbesserte Beleuchtung gesorgt werden. Die bisherige Beleuchtung wurde nur teilweise unter gestalterischen Aspekten erstellt, die stark zunehmende Nutzung der Stadt vor allem auch nachts fordert eine qualitative Lichtgestaltung, um das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in der Altstadt zu garantieren. Dunkle Ecken und wichtige historische Gebäude werden im geplanten Beleuchtungskonzept integriert. Die privaten Belichtungsbegehren von Fassaden können nur mit klaren Gestaltungsvorgaben entsprechend koordiniert werden. Ein Grossteil der Arbeiten wird intern gemacht, sowohl die städtischen Werke als auch das Hochbauamt und die Ökologie werden mit eingebunden. Trotzdem verbleibt ein gewisser fachlicher Teil, der von der Stadtverwaltung nicht abgedeckt werden kann. Hier ist eine zusätzliche Fachkompetenz gefragt, um den es sich hauptsächlich beim Betrag von CHF 40'000.-- handelt. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 16:14 Stimmen ab.

Martin Egger (FDP)**361.011 Denkmalpflege Schaffhausen, Beitrag Stadt Schaffhausen gemäss Leistungsvereinbarung:**

"Hier möchte ich folgende Frage stellen: Im Kommentar ist nachzulesen, dass die neue Leistungsvereinbarung mit dem Kanton angepasst wurde, der neue Betrag beläuft sich auf CHF 180'000.--. Dies entspricht einer 20%igen Preiserhöhung. Ich möchte gerne wissen, welcher Mehrwert sich dahinter versteckt beziehungsweise ausgewiesen werden kann. "

SR Peter Kämpfer:

"Die Denkmalpflege der Stadt Schaffhausen ist in einer Leistungsvereinbarung in die Denkmalpflege des Kantons integriert. Die Leistungsvereinbarung wurde jetzt erneuert. Anlässlich des Werkstattgesprächs vom 28. März 2012 sind der Baureferent der Stadt Schaffhausen und der Vorsteher des kantonalen Baudepartements zum Schluss gekommen, dass eine Anhebung des städtischen Beitrages von jährlich CHF 150'000.-- auf CHF 180'000.-- notwendig ist. Die Analyse der Kostenaufstellung der "Denkmalpflege Schaffhausen" hat ergeben, dass die Entschädigung der Stadt angepasst werden muss, weil ansonsten der Kanton benachteiligt wird. Die reell anfallenden Kosten sind bei Abschluss der ersten Leistungsvereinbarung bezüglich der Personalkosten zu tief angesetzt worden. Es war der vertraglich vereinbarte Einstiegslohn der Probezeit statt des tatsächlichen Lohns der eingestuften Stelle angerechnet worden. Zudem übernimmt der Kanton seit 2011 die jährlichen Kosten für die elektronischen Datenerhaltung und den Support der Datenbank, die für das Inventarprojekt angeschafft wurden, zentral für das Inventarprojekt der Stadt Schaffhausen, sodass eine Kostenbeteiligung der Stadt gerechtfertigt ist. Auch wenn der Betrag gemäss den anfallenden Kosten um CHF 30'000.-- angehoben wird, handelt es sich für die Stadt Schaffhausen nach wie vor um eine kostengünstige Organisation, da Personalführungskosten, Stellvertreterregelung, Sekretariat und Archivierung sowie Raumkosten durch den Kanton getragen werden. "

Georg Merz (OeBS)**Votum****Seite 118:****6210 Stadtentwicklung****366.204 Denkmalpflegebeiträge an Private**

"Der Grosse Stadtrat hat vor einem Jahr CHF 100'000.-- mehr bewilligt als im Vorjahr. Als einmalige Aktion habe ich trotz grosser Bedenken nichts gesagt. Meine Erfahrung mit der Denkmalpflege sagt mir, dass hier Luxus finanziert wird. Als Besitzer des Geburtshauses meines Vaters in der Altstadt von Stein am Rhein habe ich neue Fenster beschaffen müssen. Die aussen angeklebten Sprossen waren nicht zu vermeiden. Sprossen zwischen den Scheiben hätten aber genau das gleiche Bild ergeben. Das ist nur ein Beispiel, wie bei der Denkmalpflege Kosten und Luxus bisher nicht im Geringsten eine Rolle spielten. Ich beantrage, die Position 366.204 wieder auf CHF 130'000.-- zu reduzieren. Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, werden wir die Denkmalpflege dazu erziehen, sich in schwierigen Zeiten auf das Wesentliche zu beschränken. Ich darf Sie daran erinnern, dass der Fonds für Altstadterhaltung - wie im Finanzplan ersichtlich - leer ist. "

SR Peter Kämpfer:

"Es kann gut sein, dass daraus eine Position für den Erziehungsreferenten wird, weil es darum geht, die Denkmalpflege zu erziehen. Ich habe nichts dagegen, wenn die Arbeit der Denkmalpflege hinterfragt oder kritisiert wird. Es ist auch klar, dass die Denkmalpflege nicht immer eine einfache Rolle hat und hin und wieder aneckt. Aber mit einer Streichung der von Ihnen gewünschten Position erreichen Sie gar nichts, sondern bestrafen die Privaten, die ein Objekt umbauen oder sanieren wollen und denen wir aus dieser Position finanzielle Beiträge an ihre denkmalpflegerischen Mehraufwendungen ausrichten, die Besitzer eines denkmalgeschützten Objekts als Bestandteil der Baubewilligung sowieso tätigen müssen.

Es handelt sich hier also um eine Hilfestellung von Stadt und Kanton an diese Privaten. Auch wenn Sie die Beiträge nicht sprechen, müssen sich die Privaten

trotzdem an die denkmalpflegerischen Vorgaben halten. Ich denke vor allem auch nicht, dass man die Denkmalpflege bestrafen sollte, da sie einen guten und engagierten Job machen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 20:7 Stimmen ab.

Hermann Schlatter (SVP)**Votum****6330 Abfallentsorgung**

”Dadurch, dass wir die Abschreibungen für Unterflurcontainer in diesen Bereich umbuchen, haben wir ein Defizit CHF 298'100.--. Grundsätzlich verstossen wir damit gegen Bundesrecht, weil die Abfallgebühren kostendeckend sein müssten. Wir von der SVP haben in diesem Jahr keinen Antrag auf Kostenerhöhung der Abfallsäcke gestellt.

Ich wollte an dieser Stelle einfach auf die Tatsache hinweisen, dass unser Vorgehen nicht bundesrechtskonform ist, und dessen müssen wir uns bewusst sein. “

Investitionsrechnung**Edgar Zehnder (SVP)****Votum****Seite 156:****62100 Stadtentwicklung****581.007 Wohnraumplanung für Schaffhausen**

”Diese Position beinhaltet auch die städtebauliche Vertiefung Breite, ausgehend vom Materplan Pass Breite, Grundlagenbearbeitung für die Umzonung auf der Breite (CHF 60'000.--) und Modelle Breite (CHF 25'000.--). Konsequenterweise zu meinem heute Abend eingereichten Postulat stelle ich den Antrag, dass der Betrag von CHF 85'000.-- momentan gestrichen wird, bis wir wissen, wie es weitergehen soll. “

SR Peter Käppler:

”Ich bitte Sie, bei den stadträtlichen Anträgen zu bleiben. Der Antragssteller ist Präsident der SPK Wohnraumentwicklung und Mitglied der Steuerungsgruppe Wohnraumentwicklung und kennt somit die Projekte. Allen Involvierten ist klar, dass es wichtig ist, den Dialog mit der Quartierbevölkerung auf der Breite betreffend Weiterentwicklung ihres Quartiers und anderer Gebiete in der Stadt im Rahmen der Wohnraumentwicklung zu suchen, um detailliert aufzeigen zu können, um welche Projekte es sich handelt. Dafür braucht es aber konkrete Modelle, damit die Bevölkerung mit einbezogen werden und sich anhand von Modellen genauer vorstellen kann, was geplant ist. Wir haben solche Modelle für die Diskussionen betreffend Wagenareal und Urwerf eingesetzt und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Es geht auch darum, wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Bevölkerung zu schaffen. Damit wir im Mitwirkungsprozess weiterkommen und die richtigen Schritte machen können, benötigen wir diese anschaulichen Beispiele. Ich appelliere an Sie, diese Aufwendungen im Budget zu lassen. Ich kenne den Inhalt des Postulats von Edgar Zehnder noch nicht; aber gerade im Hinblick auf die zu führende Diskussion, wäre es sehr dienlich, konkrete Modelle zu haben. “

Edgar Zehnder (SVP):

”Wir wollen zunächst einmal einen Stopp einlegen und nicht laufend weiter Geld ausgeben. Ich weiss, dass das Postulat zu spät kommt. Das weitere Vorgehen soll durch diesen Stopp erst einmal zur Diskussion gestellt werden. Mein Antrag ist nur

die logische Konsequenz meiner Meinung. “

Andres Bächtold (SP):

”Mein Vorredner aus der Breite hat mich herausgefordert, ich möchte mich nun als Breitianer ebenfalls zu Worte melden. Die ganze “Geschichte” auf der Breite beruht auf einem langen und intensiven Mitwirkungsprozess, dann folgte PASS, was eigentlich auch ein Mitwirkungsprozess war. Es fehlten aber immer wesentliche Grundlagen. Man hat zwar im Rahmen des Mitwirkungsprozesses Studienaufträge vergeben, die Hinweise brachten, aber Grundlagen waren trotzdem nicht vorhanden. Eine sehr wesentliche Grundlage für Stadtplanungen - dies sollte Edgar Zehnder eigentlich wissen - sind Modelle. Wenn also sein heutiges Postulat, von dem wir noch keine Kenntnis haben, auch hier im Rat seriös behandelt werden soll, brauchen wir diese Grundlagenmodelle. Ich bitte Sie deshalb, beim Antrag des Stadtrats zu bleiben. “

Hermann Schlatter (SVP):

”Ich bin ebenfalls wie Edgar Zehnder in der Steuerungsgruppe. Nun haben wir aber eine veränderte Ausgangssituation. Damals gingen wir davon aus, dass das Land verkauft und mit den daraus generierten finanziellen Mitteln investiert werden kann. Jetzt haben wir ein hängiges Referendum mit ungewissem Ausgang. Wenn wir aber das Geld nicht haben, der Bau des Stadions von Aniello Fontana fallieren sollte und eine stadteigene Lösung im Birch geplant würde, ergibt dies eine andere Ausgangslage, und zwar auch mit veränderten Rahmenbedingungen. Wir sagen nicht, dass nichts gemacht werden soll; aber im Moment sind wir der Meinung, es sei zu früh, ausser, wenn es sich nur um die Parzellen der Familiengärten handeln sollte. Wir sehen den Sinn nicht, jetzt Studien in der Annahme, das Stadion kommt weg, in Auftrag zu geben, und im Nachhinein falliert das ganze Projekt an der Urne. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag mit 15:14 Stimmen gut.

Martin Egger (FDP)

Votum

62100 Stadtentwicklung

318.511

”Im Kommentar stehen neu CHF 100'000.--, ursprünglich waren es CHF 50'000.--, Revision Ortsplanung. In der ursprünglichen Fassung stand, dass CHF 30'000.-- für die Bau- und Zonenordnung von Hemmental dafür aufgewendet wird, um diese nach der Fusion mit der Stadt Schaffhausen den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. Der budgetierte Betrag ist eine erste Tranche, die Arbeiten werden sich voraussichtlich über 3-5 Jahre erstrecken. Meine Frage lautet: Beziehen sich diese CHF 100'000.-- über den gesamten Zeithorizont und die ganze Revision oder handelt es sich hier um die erste Tranche? “

SR Peter Kämpfer:

”Tatsächlich ist die Revision der Ortsplanung Hemmental ein komplexes Thema, das nicht in einem Jahr abgeschlossen werden kann. Daher hat die GPK den Antrag auf Erhöhung um CHF 50'000.-- gestellt und diese als Verpflichtungskredit in die Investitionsrechnung aufzunehmen (mit der Möglichkeit einer Abschreibung). Wir haben noch keine konkreten Offerten, vermutlich müssen wir aus heutiger Sicht Teile davon extern vergeben. Die genauen Kosten sind deshalb noch nicht bekannt. Es könnte auch sein, dass wir im dritten Jahr den Betrag erhöhen müssen. “

Martin Egger (FDP):

"Ich stelle hiermit Antrag auf Streichung von CHF 100'000.-- und Erarbeiten einer stadträtlichen Vorlage. "

Hermann Schlatter (SVP):

"Jetzt muss ich mich das erste Mal für die Hemmentaler einsetzen. Vor ziemlich genau vier Jahren wurde hier in diesem Rat versprochen, dass die Revision der Ortsplanung nach der Fusion angegangen wird, ein altes "Übel", das die Gemeinde Hemmental nicht stemmen konnte, zumal die Ortsplanung aus dem Jahr 1990 stammt. Eine Revision ist dringend notwendig. Ich sehe keinen Sinn darin, eine Vorlage zu erarbeiten. "

SR Peter Kämpfer:

"Ich wüsste auch nicht, was in einer Vorlage zu schreiben wäre - ausser, dass der Auftrag vergeben wird. Mehr als die Information, dass wir jetzt den Auftrag zur Revision der Ortsplanung Hemmental auslösen wollen und dazu auch Externe beiziehen werden, können wir heute nicht formulieren. Eine Vorlage mit einer halben Seite macht aus meiner Sicht absolut keinen Sinn. "

Der Grosse Stadtrat verzichtet auf eine Abstimmung über den von Martin Egger (FDP) gestellten Antrag.

Simon Stocker (AL)**Votum**

Seite 160:

62306 Übrige Freizeitgestaltung**503.369 Garderoben Gruben, Ersatz Container**

"Im ursprünglichen Kommentar war zu lesen: *Die Garderoben befinden sich in Containern, die das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben. Es ist vorgesehen, diese durch ein einfaches Garderobengebäude mit Aussentoilette zu ersetzen.* Alle Jahre wieder liefere ich Ihnen den Steilpass, und Sie lassen mich im Abseits stehen. Dieses Jahr kommt mein Antrag zum letzten Mal. Weiterhin spielen wir zwischen Schimmelpilz in den Duschen und Kalkkrusten in der Toilette. Immerhin hatte die miserable Infrastruktur bisher keinen merklichen Einfluss auf die fussballerische Leistung - im Gegenteil, letzte Saison sind wir aufgestiegen, haben den Cupsieg errungen und sind Hallenmeister geworden. Daraus zu schliessen, dass eine Sanierung des Sportplatzes Gruben unnötig wäre, fände ich etwas übertrieben. Ich verlange keinen Neubau für CHF 250'000.--, aber mir würde es genügen, wenn die sanitären Anlagen erneuert und einige neue Kleiderhaken installiert würden, was meiner Ansicht nach mit CHF 50'000.-- möglich ist. Belohnen Sie die Leistung und lassen Sie uns nicht im Abseits stehen. "

SR Peter Kämpfer:

"Wir sind davon ausgegangen, dass der Grubensportplatz in Zukunft vermehrt genutzt wird, was nicht eingetreten ist. Die American Footballer spielen im Schweizersbild. Dadurch ist aus unserer Sicht der dringende Bedarf an neuen Containern nicht vordergründig. Gemäss Meldung unserer Unterhaltsverantwortlichen kann der Grubensportplatz so saniert werden, dass er auch weiterhin seinen Dienst tun kann. Der Stadtrat hat deshalb den Antrag der GPK mitgetragen, dass die CHF 250'000.-- gekürzt werden. Der Antrag von Simon Stocker auf CHF 50'000.-- wäre der Logik gemäss in die Betriebsrechnung (in den laufenden Unterhalt) aufzunehmen (anstatt in die Investitionsrechnung).

Edgar Zehnder (SVP):

"Ich trainiere mit dem FC Kantonsrat ebenfalls dort und habe das Duschen überlebt. Es ist aber wirklich keine super Lösung, in den Unterhalt müsste tatsächlich investiert werden; aber der Betrag könnte gestrichen werden. "

Martin Roost (parteilos, OeBS):

"Habe ich die Ausführungen von SR Peter Kämpfer richtig verstanden und werden somit die sanitären Anlagen nicht erneuert, sehr wohl aber Unterhaltsarbeiten ausgeführt? "

Die gestellte Frage wird vom **Baureferenten** bejaht: Unterhalt ja, sanitäre Anlagen nein.

Hermann Schlatter (SVP):

"In der GPK wurde sehr offen diskutiert; der Stadtrat hat relativ schnell signalisiert, dass er diesen Betrag zurücknimmt, weil die American Footballer nicht mehr dort trainieren. Der Hauptgrund unseres Streichungsantrags bestand darin, dass wir endlich einmal das Sporthallenkonzept wollen, erst dann können wir die gesamte Situation überprüfen und strukturiert vorgehen. Jetzt betreiben wir eine so genannte Pflasterlipolitik. Nun erfahren wir heute Abend aber, dass tatsächlich eine Sanierung notwendig wäre. Ich mache trotzdem beliebt, beim Antrag der GPK zu bleiben. "

Simon Stocker (AL):

"Seit vier Jahren stelle ich immer den gleichen Antrag, seit vier Jahren sagt der Stadtrat beziehungsweise der Baureferent, es werde nun etwas gemacht. Das gewünschte Sportplatzkonzept wurde ebenfalls vor vier Jahren eingereicht. Ich stehe zu meinem Antrag von CHF 50'00.--, sei es für neue Duschköpfe oder neue Toilettenschüsseln. Es muss einfach endlich einmal etwas passieren, der Stadtrat hat ja selbst festgestellt, dass die Lebensdauer abgelaufen ist - dann machen Sie doch etwas und warten nicht immer auf irgendetwas, das irgendwann einmal ein Konzept liefern wird. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 15:12 Stimmen ab.

Martin Egger (FDP)**Votum**

Seite 164:

63100 Strassen**501.605 Ausbauten für den öffentlichen Verkehr**

"Ich habe folgende Frage: Hier geht es um CHF 260'000.-- und meine Frage ist, ob diese Kosten den VBSH weiterverrechnet werden oder wenn nein, warum nicht? Falls sie nicht weiterverrechnet werden, verstehe ich dies nicht, zumal es sich um Investitionen in den öffentlichen Verkehr handelt, welche ich keineswegs in Frage stelle. Immerhin werden damit die Kosten des öffentlichen Verkehrs auf unterschiedlichen Kostenstellen ausgewiesen. "

SR Peter Kämpfer:

"Diese Frage ist alt und wird immer wieder gestellt. Die Kosten werden nicht weiterverrechnet. Zuständig für die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, das heisst für den öffentlichen Nahverkehr sind die Gemeinden. Analog bezahlt der Kanton einen Beitrag an die Linien der DB, welche dann von den Betreibern benutzt werden können. Es erfolgt keine Weiterverrechnung. "

Alfred Tappolet (SVP)**Votum****Seite 168:****63101 Agglomerationsprogramm Bereich Strassen-, Velo- und Fussverkehr****501.633 Industriestrasse, Genersbrunner- bis Ernst Müller Strasse, Trottoir**

"Die Strassen im Herblingertal wurden durch den neuen Strassenrichtplan vom Kanton aufgewertet. So wurde die Ernst Homberger-Strasse zur Entlastung der alten Herblingerstrasse zur Kantonsstrasse, die Anschlüsse dieser Strasse an die Genersbrunnerstrasse sind im Agglomerationsprogramm. Das neue Fussballstadion - sofern dieses überhaupt gebaut wird - würde an der Industriestrasse liegen. In der genannten Position handelt es sich um diese Industriestrasse. Ich erachte es als verfrüht, die Industriestrasse zum heutigen Zeitpunkt bereits mit Trottoirs zu versehen, zumal niemand weiss, ob das geplante Stadion gebaut wird und welche Infrastruktur zur Erschliessung notwendig ist. Der geplante Ausbau erfolgt unserer Ansicht nach auch im Hinblick auf das Bahngleis viel zu früh. Die Verkehrssicherheit kann hier nicht ins Spiel gebracht werden, da auf der heutigen Strasse mit gelber Farbe sehr einfach Velowege markiert werden können. Auch sind in den letzten Jahren kaum neue Gewerbe- oder Industriebauten an dieser Strasse entstanden. Aldi und GVS sowie alle Gewerbebetriebe an der Genersbrunnerstrasse sind für den Langsamverkehr bestens erschlossen, weitere Erschliessungen sollten erst nach dem Bau des Kreisels vorgenommen werden. Ich bitte Sie, den Kredit zu streichen, das heisst mindestens den Anteil, der die Industriestrasse betrifft. Wir haben heute in den Medien gehört, dass die Landbesitzer die Option für den Landkauf bis Mitte 2013 verlängert haben. Es wäre gut, wenn wir - in der Hoffnung, dannzumal laufe alles "rund" mit dem Stadionneubau - diesen Betrag auf nächstes Jahr verschieben könnten. "

SR Peter Käßler:

"Die Industriestrasse ist - unabhängig vom Bau des Fussballstadions - eine Strasse, die durch den zunehmenden Verkehr für Fussgänger und Radfahrer sehr unsicher geworden ist. Es geht hier um einen Anteil im Rahmen des Agglomerationsprogramms, das heisst um die Aufwertung der Genersbrunnerstrasse, aber auch darum, die Buslinie Nr. 5 zum Bahnhof Herblingen zu ziehen (inklusive Anschluss Industriestrasse). Aus unserer Sicht ist es notwendig, weil die Industriestrasse keine richtigen "Abschlüsse" aufweist und für Radfahrer und Fussgänger entsprechend gefährlich ist. Natürlich wird das zukünftige Projekt FCS-Park mit einbezogen, die Anschlüsse sind bekannt. Trotzdem erachten wir es als notwendig, im Rahmen des Gesamtprojekts im Herblingertal die *gesamte* Planung anzugehen anstatt "stückweise" vorzugehen. Des Weiteren ist es für uns günstiger, da das Vorhaben im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm von Bund und Kanton unterstützt wird. "

Martin Roost (parteilos, OeBS):

"Ich stimme in dieser Angelegenheit mit Alfred Tappolet absolut überein; es wäre ein Schildbürgerstreich sondergleichen, wenn wir dieses Thema jetzt anpacken. Wir könnten das Projekt verschieben, zumal es absolut keine Priorität hat. Ich schätze die Fussgängerfrequenz auf 0 bis 1 pro Stunde, die Sicherheit für die Velofahrer ist durch die Breite der Strasse gegeben; eine gelbe Markierung - wie vorgeschlagen - könnte unterstützend wirken. Bitte streichen Sie diese Position aus dem Budget. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag (Streichung des Gesamtbetrages von CHF 940'000.--) mit 22:8 Stimmen gut.

Hermann Schlatter (SVP)

"Wir müssen aufgrund dieser Streichung die Positionen 660.00 Bundesbeiträge und 661.000 Kantonsbeiträge entsprechend anpassen. "

Der **Finanzreferent** bestätigt, dass die Beträge von CHF 520'000.-- (Bundesbeiträge) und CHF 390'000.-- (Kantonsbeiträge) zu streichen sind.

Spezialfinanzierungen

Keine Wortmeldungen

KSD

Keine Wortmeldungen

Stiftung Impuls

keine Wortmeldungen

Betriebe

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

Seite 279:

3.1 Rahmenkredit für Erneuerungsarbeiten im Busdepot Ebnat

"Ich möchte zu den aufgeführten Positionen Einbau Sprinkleranlage und Umzäunung elektrisches Schliesssystem sprechen, die auch in der Verwaltungskommission diskutiert wurden. Es besteht ein gewisses Risiko, dass ein Brand entstehen könnte und die Umzäunung ist vor allem gegen Vandalismus relevant. Ich habe allerdings das Gefühl, dass wir in den letzten Jahren schon sehr viel für die VBSH gemacht haben, beispielsweise die Trolleybusse und die Ticketautomaten sowie weitere Busse, die wir beschaffen müssen. Meiner Ansicht nach sind hier Prioritäten zu setzen. Die Sprinkleranlage ist vor allem nachts, wenn alle Busse parkiert sind, gerechtfertigt. Obwohl wir auch eine Versicherung haben, hätten wir trotzdem nach einem Brand grössere Probleme. Dies sehe ich bei der Umzäunung/elektronisches Schliesssystem nicht, zumal in der Vergangenheit keine Probleme auftraten. Wir können uns einfach nicht alles auf einmal leisten, eine Priorisierung ist notwendig. Ich stelle deshalb den Antrag auf Streichung von CHF 150'000.-- für die Umzäunung/elektronisches Schliesssystem. "

SR Peter Kämpfer:

"In der Verwaltungskommission wurde dieses Thema diskutiert. Selbstverständlich können Investitionen auf nächstes Jahr verschoben werden. Zurzeit ist die Situation einfach so, dass jedermann ins Areal der VBSH hineinspazieren kann. Beschädigungen an Fahrzeugen oder Diebstähle können deshalb nicht ausgeschlossen werden. Deshalb macht es aus unserer Sicht Sinn, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Selbstverständlich entscheiden Sie heute Abend. Im Namen der Verwaltungskommission der Verkehrsbetriebe bitte ich Sie, den im Budget 2013 eingestellten Betrag zu belassen. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 16:14 Stimmen ab.

Sachgruppenstatistik

Keine Wortmeldungen

Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung

Keine Wortmeldungen

Die bereinigten Zahlen nach heutigen Beratungen präsentieren sich wie folgt:

Aufwandüberschuss CHF 3'282'600.--, alt CHF 3'295'100.-- (minus CHF 12'500.--)

Investitionsrechnung CHF 5'410'000.--, alt CHF 5'495'000.-- (minus CHF 85'000.--)

Botschaft des Stadtrats vom 18. September 2012

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest die Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat zum Voranschlag 2013, Seiten 1-10 sowie die Anträge auf Seite 11 wie folgt:

Anträge

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2013 wird gemäss Art. 25 lit. d der Stadtverfassung genehmigt und nach Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98 Prozent festgesetzt und nach Art. 25 lit. c Ziff. 1 in Verbindung mit Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Wortmeldungen

Andi Kunz (AL):

"Sie erwarten nun sicher, dass ich eine Steuererhöhung von 3 Punkten beantrage, um das in Schieflage geratene Budget wieder ins Lot zu bringen. Ich muss Sie leider enttäuschen, ich beantrage und mache Ihnen im Namen der SP-/AL-Fraktion beliebt, den Steuerfuss lediglich um zwei Punkte anzuheben. Der Steuerfuss soll damit neu 100 Punkte betragen. Sie haben es gehört: Um die Finanzen steht es in unserer Stadt gegenwärtig nicht zum Besten. Die Zahlen im Budget 2013 sprechen Bände und die Aussichten auf die kommenden Jahre verheissen wenig Gutes. Der Stadtrat sieht Schaffhausen auf anspruchsvolle Zeiten zusteuern. Ich neige dazu, es etwas dramatischer auszudrücken: Ohne Kurswechsel fahren wir unsere Stadt finanziell an die Wand. Sie halten diese Aussage für übertrieben? Ich rufe Ihnen an dieser Stelle gerne ein paar Zahlen in Erinnerung:

Beleg 1: Die laufende Rechnung (2012)

Aufgrund eines höheren Abschreibungsbedarfs und gestiegenen Ausgaben im Sozialbereich musste die Prognose um CHF 3.3 Mio. nach unten korrigiert werden. Statt mit einem Defizit von CHF 1.4 Mio. rechnet der Stadtrat mit einem Minus in der laufenden Jahresrechnung von CHF 4.7 Mio.

Beleg 2: Das Budget 2013

Ging der Stadtrat Ende September noch von einem kleinen

Ertragsüberschuss von rund CHF 500'000.-- aus, sehen die Aussichten nach heutigem Stand weit weniger rosig aus; insbesondere bei den Steuereinnahmen mussten die Zahlen massiv nach unten korrigiert werden. Das budgetierte Defizit beträgt nach Abschluss der heutigen Verhandlungen rund CHF 3.3 Mio. Der Finanzierungsfehlbetrag in der Investitionsrechnung beträgt CHF 5.4 Mio. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit: Das Defizit in der Rechnung 2013 dürfte um einiges höher ausfallen, denn im vorliegenden Budget sind verschiedene geplante Investitionen im Bereich der Wohnraumentwicklung, bei der Schulraumplanung sowie Beiträge an private Sportstätten noch nicht enthalten; auch das kantonale Massnahmenpaket ESH3 dürfte zu weiteren Mehrausgaben führen.

Beleg 3: Der Finanzplan 2013-2016

In den kommenden vier Jahren stehen der Stadt Schaffhausen grosse Investitionen bevor. Verstehen Sie mich nicht falsch, das ist gut so. Denken Sie nur an das Agglomerationsprogramm, an dem sich die Stadt beteiligt, oder an den Masterplan Rheinufer. Zudem sind verschiedene Bauvorhaben im Bereich Schulraumentwicklung geplant. Der Stadtrat geht von einem Investitionssaldo von CHF 125 Mio. aus. Auf der Basis der Zahlen des Finanzplanes muss in den kommenden vier Jahren mit einer Erhöhung der Schulden um fast CHF 50 Mio. gerechnet werden. Ich befürchte jedoch, dass auch hier die effektive Zahl weit höher liegt. Die Berechnungen basieren auf der optimistischen Annahme, dass die Stadtbevölkerung jährlich um 300 Personen wächst und die Steuereinnahmen von Personen und Firmen kontinuierlich steigen. Es wäre schön, wenn dies eintrifft, aber Zweifel sind angebracht. Auch die Auswirkungen der vor gut zwei Wochen angenommenen Prämienvorbilligungsinitiative sind im Finanzplan noch nicht berücksichtigt. Der Stadtrat rechnet in diesem Zusammenhang von einem jährlichen Mehraufwand von rund CHF 1.5 Mio. für die Stadt.

Sie sehen daraus, dass unser Stadtschiff in unruhige Gewässer fährt. Ich möchte den Teufel nicht an die Wand malen, und Sie wissen, dass ich lieber weiss- statt schwarzmale, aber die Zeichen stehen unübersehbar auf Sturm. Da ist die Frage erlaubt, was wir vor dem Hintergrund der düsteren Finanzaussichten zu tun gedenken. Mit der Zustimmung zum vorliegenden Budget ist die Sache ja nicht getan. Nun, wir können es dem Stadtrat gleich tun und auf das Prinzip Hoffnung setzen. Wir lassen die Wetterkarte in der Schublade verschwinden, ziehen in der Führerkabine die Vorhänge zu und übertönen die Warnmeldungen mit lauter Musik. Ganz nach dem Motto: Augen zu und durch - die Costa Concordia lässt grüssen. Wir können es auch den Jungfreisinnigen gleich tun und unser Schiff vor dem drohenden Sturm selber zerlegen. Wir werfen alles Nützliche über Bord, jagen die Mannschaft vom Schiff, brechen Holzlatten aus der Seitenwand und verspeisen schnell noch den Notvorrat – alles im Irrglauben darum, dass ein schwaches Schiff und eine schlanke Mannschaft dem Unwetter besser trotzen können. Sie hören es in meinem Unterton: Auch von dieser Strategie halte ich ziemlich wenig.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, auf die Vernunft zu setzen und jene Vorkehrungen zu treffen, die verantwortungsvolle Kapitäne bei drohenden Unwettern auszeichnen: Sie verstärken Ihr Schiff, ändern, wenn nötig, den Kurs und sorgen dafür, dass sie jederzeit manövrierfähig bleiben.

Ich komme zum Schluss: Wer die Entwicklung des Steuerfusses im Kanton und der Stadt Schaffhausen nachverfolgt, könnte meinen, unser Steuer-Rad kenne nur eine Richtung. In den vergangenen Jahren wurden die Steuern massiv gesenkt. Profitiert haben davon vor allem jene, die am wenigsten darauf angewiesen sind. Die grosszügigen Steuergeschenke haben dazu geführt, dass die Stadtkassen nun leer sind, die Verschuldung wächst und die Stadt zunehmend an Handlungsspielraum einbüsst. Die Zeche für diese Misere zahlen wir alle. Mit dem Leistungsabbau beim öffentlichen Dienst und der Verteuerung der städtischen Dienstleistungen durch die Einführung von unsozialen Gebühren nimmt nicht nur unsere Lebensqualität Schaden, sondern wir schwächen damit auch unsere Position im Standortwettbewerb. Potentielle Zuzüger, lieber Herrmann Schlatter, schauen eben nicht nur auf den Steuerfuss, sondern ihnen sind auch gute Schulen, ein guter ÖV und beispielsweise ein breites öffentliches Dienstleistungsangebot wichtig. Von einer „nachhaltigen Entwicklungsstrategie“, wie der Stadtrat im Finanzplan sein Handeln umschreibt, kann meines Erachtens keine Rede sein. Der Stadtrat irrt, wenn er glaubt, den Finanzhaushalt durch weitere Sparmassnahmen wieder ins Lot bringen zu können. Er weiss ganz genau, wie klein sein Spielraum diesbezüglich ist. Das haben die SLA-Vorlagen deutlich gemacht. Und dort, wo er noch Spielraum hat, tut es ziemlich weh, wenn die Sparschraube noch enger angezogen wird. Sie halten dies für ein Schreckensgespenst? Nun, dann empfehle ich Ihnen, den Tagesanzeiger von gestern aufzuschlagen. Sie werden einen Artikel finden, der am Beispiel der Stadt Luzern eindrücklich beschreibt, welche katastrophalen Auswirkungen Steuertalfahrten haben können. Lassen wir es nicht so weit kommen wie in Luzern, wo inzwischen auch bürgerliche Politiker eingesehen haben, dass mit den Steuersenkungen der vergangenen Jahre übertrieben wurde. Die städtische FDP-Fraktion stimmte deshalb dem Voranschlag 2013 der Stadt Luzern mit einer Steuererhöhung von einer Zehntelseinheit zu.

Ich appelliere an Ihre Vernunft und bitte Sie darum, mitzuhelfen das Steuer herumzureissen. Ein Anstieg des Steuerfusses um 2 Punkte ist verkraft- und vertretbar. Zugegeben, die beiden geforderten Steuerpunkte bringen den Finanzhaushalt noch nicht wieder ins Lot. Die moderate Steuererhöhung verschafft unserer Stadt jedoch wieder etwas mehr Handlungsspielraum, reduziert die Verschuldung und stärkt unserer Stadt als attraktiven Wohn- und Lebensraum. Im Namen der SP-/AL-Fraktion möchte ich Sie einladen, den Antrag zu unterstützen. “

Edgar Zehnder (SVP) stellt Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

Ernst Spengler (SVP):

”Andi Kunz hat mit seinen Aussichten den Nagel auf den Knopf getroffen, sie sind düster bis schwarz. Aber dies weiss er nicht erst seit heute Abend. In dieser Situation hat die AL die Prämienvorbilligungsinitiative lanciert, welche die Stadtkasse in den nächsten Jahren Millionen kosten wird. Es wurde verschwiegen, dass zum Ausgleich eine Steuererhöhung nötig ist. “

Till Hardmeier (JFSH):

”Es ist ein schönes Weihnachtsgeschenk, das die AL der Stadt Schaffhausen überbringt. In der Analyse stimmen wir vermutlich überein, aber nicht in den Massnahmen. Wir haben heute Abend CHF 40'000.-- für einen Beleuchtungskünstler ausgegeben, die Buslinie 8 fährt mit ein paar wenigen

Leuten hin und her, im Bereich Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und mit dem Kanton könnten wir noch Millionen herausholen - die Zitrone ist also noch nicht ausgepresst. Bevor man in den erwähnten Bereichen nicht über die Bücher geht, sehe ich überhaupt keine Steuererhöhungsmöglichkeit. Mich würde noch interessieren, wie der Stadtrat zur Steuerfusserhöhung steht. “

Simon Stocker (AL):

”Ich finde es immer wieder verwunderlich, wie sehr Sie demokratische Wahlen verzerren und nach ihrem Gusto analysieren. Der Souverän hat entschieden und relativ eindeutig gesprochen, dass Sie im Kantonsrat asoziale Fehlentscheidungen treffen, und entsprechend nachgebessert. Dies müssen Sie akzeptieren. Sie können nicht Schelte erteilen und den Lehrer spielen. Sie tun so, wie wenn Steuern immer nur in eine Richtung gehen könnten. Steuern sind ein finanzpolitisches Instrument, dessen man sich bei Bedarf bedienen kann. Sie behaupten in der heutigen Situation immer noch, man könne sparen und predigen dieses Diktat weiterhin selbst im Wissen darum, dass in den letzten Jahren die Steuern um 14% gesenkt wurden (8% freiwillig und 6% im Abtausch mit dem Kanton). Sie müssen jetzt endlich anfangen, andere Massnahmen ebenfalls in Betracht zu ziehen. Diese Entscheidung treffen wir heute; wir machen dies nicht gerne, aber in Anbetracht dessen, dass wir die Leistungen behalten wollen und keinen Leistungsabbau akzeptieren, ist es notwendig. Wenn Sie diesen Abbau wollen, dann sagen Sie uns bitte endlich auch wo. Es ist feige, diesen nicht zu benennen. “

Kurt Zubler (SP):

”Andi Kunz hat eine ausführliche Begründung vorgelegt. Ich bin jetzt das letzte von 12 Jahren in diesem Rat. Solche Debatten wurden immer wieder geführt. Viele von Ihnen mögen sich vielleicht an die FDP-Initiative zur flexiblen Handhabung des Steuerfusses erinnern, mit einer Spannbreite von 3% nach oben beziehungsweise nach unten. Wir haben mehrmals in diesem Rat die Steuerfussdebatte geführt und auch mehrmals dann, wenn der Rechnungsabschluss rosiger aussah, gesagt, jetzt sei der Zeitpunkt für eine Steuersenkung, da diese ein wichtiges Signal aussende, und falls die Zeiten dann einmal schlechter stünden, könnten entsprechende Korrekturen im genannten Spielraum vorgenommen werden. Jetzt stecken wir in einer Situation, die sich in die andere Richtung bewegt. Walter Hotz hat die Aussage unseres Fraktions- beziehungsweise GPK-Sprechers zitiert, wonach wir gesagt hätten, mit dieser Situation leben zu können. Der GPK-Präsident hat damals aber auch gesagt, es könne nicht sein, dem Staat immer mehr Schulden aufzubürden - und meine Antwort darauf lautete schon damals, dass der Steuerfuss angepasst werden müsse. Dies ist heute angesagt, wenn wir verantwortungsvoll mit den präsentierten Zahlen umgehen wollen. “

SR Peter Neukomm:

”Für diejenigen, die mir nicht zugehört haben, wiederhole ich es gerne nochmals, obwohl ich es in meinem Votum schon sehr deutlich formulierte: Der SR beantragt Ihnen trotz dieser kurzfristigen Veränderung bei einem Steuerfuss von 98 Punkten zu bleiben. Ich lade Till Hardmeier gerne ein, damit er uns aufzeigt, wo wir Millionen in der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und dem Kanton sparen können. Wenn er die Buslinie 8 schliessen will, soll er dies offen kommunizieren. Sonst habe ich nicht viel Substantielles gehört. Wir bleiben beim Antrag, den wir Ihnen gestellt haben, und nächstes Jahr überprüfen wir die Situation. “

Abstimmung Namensaufruf:

Das Quorum von 7 Ratsmitgliedern gemäss Art. 48 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats (GO) erreicht. Der Ratspräsident stimmt gemäss Art. 49 Abs. 3 GO beim Namensaufruf mit.

Abstimmung Antrag Andi Kunz (AL):

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 22:11 Stimmen ab.

3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz wird mit 1,0 Prozent festgelegt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2013 benötigten finanziellen Mittel zu beschaffen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2013, die GPK-Anträge und die an der Ratssitzung vom 11. Dezember 2012 beschlossenen Änderungen mit 32:2 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Schlussmitteilungen des Ratspräsidenten

Es erfolgte kein Widerspruch gegen Traktandum 1, die Vorlage des Stadtrats vom 16. Oktober 2012 ist somit antragsgemäss wie folgt beschlossen:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrats vom 16. Oktober 2012 über die Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Pantli zu.
2. Die Kosten von CHF 6'500.-- werden dem Konto 6310.314.044, Verkehrsberuhigungen, belastet.

Das Geschäft ist erledigt.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 18. Dezember 2012, um 18 Uhr, mit anschliessendem Apéro statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 21:35 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring